Nr. 161 — Erstes Blatt — 168. Jahrgang — Freitag, 12. Juli 1918

Der Gießener Anzeiger erscheint täglich, außer Sonntags. — Beilagen: Gießener Familienblätter; Kreisblatt für den Kreis Gießen. Bezugspreis: monatl. Mk. 1.20, vierteljährlich Mk. 3.60; durch Abhole- u. Zweigstellen monatl. Mk. 1.10; durch die Post Mk. 3.60 vierteljährl. ausschl. Bestellg. Fernsprech-Anschlüsse: für die Schriftleitung 112 Verlag, Geschäftsstelle 51 Anschrift für Drahtnachrichten: Anzeiger Gießen.

Postscheckkonto: Frankfurt a. M. 11686

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Bankverkehr: Gewerbebank Gießen

Zwillingsrunddruck u. Verlag: Brühl'sche Univ.-Buch- u. Steindruckerei R. Lange. Schriftleitung, Geschäftsstelle u. Druckerei: Schulstr. 7.

Annahme von Anzeigen i. die Tagesnummer bis zum Nachmittag vorher ohne jede Verbindlichkeit. Preis der Anzeigen: für örtliche Anzeigen 25 Pf., für auswärtige 30 Pf., für Reklamen Mk. 1.—; bei Platzvorschrift 20% Aufschlag. Hauptschriftleiter: Aug. Goetz. Verantwortlich für Politik u. Feuilleton: Aug. Goetz; Stadt und Land, Vermischtes u. Gerichtssaal: W. Meyer; Anzeigenteil: H. Beck; sämtlich in Gießen.

Die Lösung der „Krisis" durch den Reichskanzler.

(WTB.) Großes Hauptquartier, 11. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Tagsüber mäßige Gefechtstätigkeit, die am Abend vielfach aufflebte. Nächtliche Erkundungskämpfe. Ein stärkerer Vorstoß des Feindes nordöstlich von Bethune wurde abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Lebhafte Gefechtstätigkeit zwischen Aisne und Marne. Erneute Teilangriffe, die der Feind aus dem Wald von Villers Cotterets heraus führte, drückten unsere Posten im Savieres-Grund zurück.

*

Von einem Geschwader von 6 amerikanischen Flugzeugen, die Coblenz angreifen wollten, fielen 5 Flugzeuge in unsere Hand. Die Besatzungen wurden gefangen.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

*

Der Abendbericht.

Berlin, 11. Juli, abends. (WTB. Amtlich.) Von den Kampffronten nichts Neues.

Die Kühlmann-Krisis war keine Kanzler-Krisis. Vielleicht wird jetzt sogar die Haltung der Sozialdemokratie dies bestätigen. Kühlmann ist gegangen, aber Hertling und Payer bleiben. Der Reichskanzler hat gestern im Hauptausschuß des Reichstags so ziemlich das bestätigt, was wir an dieser Stelle über die „Krisis" gesagt hatten. Aus seiner Rede geht aber nicht nur hervor, daß die letzten politischen Geschehnisse das von ihm öffentlich dargelegte Programm nicht korrigieren, sondern auch, daß Graf Hertling über den ihm erwachsenden Schwierigkeiten und Versuchen mancher Kreise, ihm das Lineal aus der Hand zu nehmen und zu beweisen, daß die Kanzlerpolitik von heute nicht mehr die von gestern sei, keineswegs amtsmüde geworden ist. Er steht in dieser Beziehung genau so fest auf den Füßen, wie sein Kollege v. Payer, der dem Herrn Scheidemann ja auch entgegnet hat, es liege für die Regierung kein Anlaß vor, bei jeder Gelegenheit, die ihnen von allzueifrigen Parteipolitikern geboten würde, die Flinte ins Korn zu werfen. Manches in der gestrigen Rede des Grafen Hertling war vertraulich und steht demgemäß nicht im amtlichen Bericht; allein wir glauben nicht, daß der Hauptausschuß große Geheimnisse hütet. Das Wesentliche an der Sache hat die Oeffentlichkeit erfahren. Es muß wohl der allgemeine Eindruck vorherrschen, daß zu erregtem Aufbäumen wegen der Entlassung Kühlmanns ernstlich kein Grund vorliegt. Der Reichskanzler erklärte: Ich mache die Politik; der nachgeordnete Staatssekretär hat nur die Politik zu führen, die ich für richtig halte. An der Richtung des Kurses soll nichts geändert werden; auch der neue Staatssekretär ist an die alten Richtlinien gebunden. Staatssekretär Kühlmann hat aus persönlichen Gründen seinen Abschied genommen — Graf Hertling streute, wie das „Berliner Tageblatt" schreibt, dem Entlassenen „mit einer eleganten Geste viel Blumen auf das Grab". Ganz recht, einen Toten soll man nicht mehr schelten, und der Reichskanzler entbehrt sich eines bestimmten zugreifenden Urteils, indem er lediglich die Tatsachen und Folgen aus Kühlmanns Rede anführte. Er habe sich von ihm trennen müssen, da das notwendige Vertrauensverhältnis zwischen ihm und anderen Faktoren nicht bestanden habe, ein Vertrauensverhältnis, das für eine reibungslose Führung der Geschäfte nicht entbehrt werden könne. Im übrigen stehe die Oberste Heeresleitung in Bezug auf die Anbahnung des Friedens auf demselben Standpunkte wie er, der Reichskanzler. Graf Hertling hält auch jetzt noch die Auffassungen fest, die in der Antwort auf die Note des Papstes niedergelegt worden sind; er betonte aber nachdrücklich wieder, daß den Feinden kein Freibrief für die Verlängerung des Krieges ausgestellt werden solle. Die Gegner aber machten es uns mit ihren Beschimpfungen und ihrem Vernichtungswillen unmöglich, uns mit ihnen diplomatisch einzulassen. Sie müßten sich innerlich wandeln — also derselbe Gedanke, dem auch Herr v. Payer Ausdruck verlieh — und unser Volk müsse bis dahin unwandelbar durchhalten. Der Reichskanzler stellte fest, die Mehrheit des Volkes wolle auch mit ernstem Willen durchhalten, im Vertrauen auf unser Heer und unsere ungebrochene Kraft. Das war ein deutliches Kapitel gegen die Schürer von unnützen Debatten und die müßigen Flaumacher in Presse und Parlament. Graf Hertling bestätigte noch einmal etwas ganz Selbstverständliches: sobald ernsthafte, autorisierte Anregungen für die Anbahnung eines Friedens sich bemerkbar machten, seien er und die Oberste Heeresleitung sich einig, daß man diesen Anregungen mit dem besten Willen nachgehen werde. Die Parole wird also fortan lauten müssen: Unterlassung zwecklosen Friedensörterungen, Vermeidung alles dessen, was uns innerlich und nach außen hin schwächen könnte. Diese Parole ist wahrlich nicht „alldeutsch". Die Mehrheitsparteien scheinen denn auch Vernunft annehmen und der Regierung weiterhin Vertrauen zollen zu wollen.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

Wien, 11. Juli. (WTB.) Amtlich wird verlautbart: Auf dem italienischen Kriegsschauplatz keine nennenswerten Ereignisse.

In Albanien haben sich unsere Truppen in einer neuen Widerstandslinie eingerichtet. Eine im Devoli-Tale vorfühlende französische Kompagnie wurde abgewiesen.

Der Chef des Generalstabes.

Kanzler und Hauptausschuß des Reichstags.

Berlin, 11. Juli. (WTB.) Um ¾12 Uhr stellte im Hauptausschuß des Reichstages der Vorsitzende Ebert den Entwurf betreffend den 15-Milliarden-Kredit zur Beratung.

Einleitend erklärte Vizekanzler von Payer, der Reichskanzler werde seine Ausführungen zum Teil vertraulich geben. Nun seien bei früheren Anlässen trotz beschlossenen Vertraulichkeit Meldungen hinausgegangen, die verwirrend gewirkt hätten. Deswegen wünsche er, daß dem vorgebeugt, und alles, was der Kanzler als vertraulich erkläre, auch als vertraulich behandelt werde, also nicht in die Presse komme.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungs-Erörterung stimmte der Hauptausschuß einem Vorschlag Erzbergers zu, entsprechend dem früher geübten Verfahren die Berichte über die Reden der Abgeordneten durch den Schriftführer prüfen zu lassen.

Der Reichskanzler leitete seine Rede über die politische Lage mit den Worten ein: Ich werde Ihnen alles offen darlegen, wenn die durch den Antrag Erzberger gezogenen Grenzlinien der Berichterstattung eingehalten werden.

Die Rede des Reichskanzlers

hatte folgenden Wortlaut:

Meine Herren! Ueber die Vorkommnisse der letzten Tage sind Sie ja bereits durch die Mitteilungen des Herrn Vizekanzlers unterrichtet. Sie haben mir trotzdem gesagt, daß möglicherweise die Herren den Wunsch hegten, ich ich selbst hier vor Ihnen erscheine und meine Stellung zu diesen Vorkommnissen offen darlege. Meine Herren! Der Wechsel im Staatssekretariat bedeutet keinen Wechsel des politischen Kurses. Die Politik des Deutschen Reiches führt allein verantwortlich der Reichskanzler. Der Staatssekretär des Auswärtigen hat die auswärtige Politik im Auftrage, im Einvernehmen und unter der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers zu führen. Das ist von Anfang an Grundsatz des Deutschen Reiches gewesen. Dieser Grundsatz steht auch heute fest. Meine Herren! An meinem politischen Standpunkt, wie ich ihn in meiner Rede vom 29. November vor dem Plenum des Reichstags festgelegt habe, an diesem meinem Standpunkt, sowohl bezüglich der inneren wie auch bezüglich der äußeren Politik halte ich meinerseits vollkommen fest. Daran wird sich, solange ich an dieser Stelle stehe, nichts ändern. Meine Herren! Bezüglich der inneren Politik habe ich die damals gegebenen Zusagen, soweit als es in meinem Willen lag, vollkommen eingelöst, und ich werde dafür eintreten, daß auch die weitere Ausführung der von mir gemachten Zusagen erfolgt und etwaige Hindernisse mit Energie überwunden werden. Darauf können die Herren sich verlassen. Was die auswärtige Politik betrifft, so habe ich meinen Standpunkt gleichfalls damals am 29. November deutlich markiert. Ich habe den Herren gesagt: Ich stehe auf dem Standpunkt der kaiserlichen Antwort auf die Friedensnote des Papstes vom 1. August vorigen Jahres. Die friedensheiße Gesinnung, die diese Antwort beseelt hat, beseelt auch mich. Ihr ich habe hinzugefügt, meine Herren, daß die friedensbereite Gesinnung nicht den Feinden einen Freibrief geben darf zur unbiebbaren Fortsetzung des Krieges. Meine Herren! Was haben wir nun aber erlebt? Während an unserer Bereitschaft, zu einem ehrenvollen Frieden die Hand zu reichen, seit Jahren gar nicht gezweifelt werden kann, haben wir bis in die letzten Tage hinein die uireizenden Reden der feindlichen Staatsmänner gehört. Meine Herren! Herr Wilson will den Krieg bis zur Vernichtung, und was Herr Balfour gesagt hat, muß jedem Denken wirklich die Zornesröte in das Gesicht treiben. Wir haben ich ein Gefühl für die Ehre unseres Vaterlandes, wir können unmöglich öffentlich und unausgesetzt auf diese Weise beschimpfen lassen. Und zwar steht hinter dieser Beschimpfung der Vernichtungswille. Solange dieser Vernichtungswille besteht, meine Herren, müssen wir mit unserem treuen Volke ausharren. Ich bin auch überzeugt, ich weiß es, daß in den weitesten Kreisen unses Volkes fast überall der ernste Wille besteht: Solange der Vernichtungswille der Feinde besteht, müssen wir durchhalten und werden wir durchhalten im Vertrauen auf unsere Truppen im Vertrauen auf unsere Heerführung und im Vertrauen auf unser herrliches Volk, das diese schwere Zeit mit ihren großen Entbehrungen und fortgesetzten Opfern so wunderbar erträgt. Also an der Richtung der Politik wird nichts geändert. Denn, eine Herren, auch das muß ich sagen: Wenn sich nun trotz dier feindseligen Aeußerungen dieser Staatsmänner irgendwo ernsthafte Anregungen für die Anbahnung eines Friedens oder auch nur die ersten Schritte zu dieser Anbahnung zeigen würden, dann würden wir ganz gewiß s nicht ablehnend verhalten, sondern wir würden ihen ernstgemeinten — ich sage ausdrücklich ernstgemeinten Anregungen sofort mit allem Ernste nachgehen. Natürlich nützt es nicht, wenn dieser oder jener Agent kommt und sagt, ich kann da und dort Friedensbesprechungen herbeiführen", sondern es kommt darauf an, daß berufene Vertreter der jeweiligen Mächte und ausdrücklich autorisiert von ihrer Regierung, zu verstehen geben, daß Besprechungen möglich seien, Besprechungen zunächst natürlich in kleinem Kreise. Aber, meine Herren, die Staatsmänner, die bisher gesprochen haben, haben von derzigen Möglichkeiten nichts gesagt. Wenn solche Möglichkeit sich zeigen, wenn eine ernste Friedensneigung auf der anderen Seite hervortritt, meine Herren, dann werden wir sofort darauf eingehen, d. h. wir werden sie nicht zurückstoßen. Wir werden zunächst in kleinem Kreise sprechen. Meine Herren, ich kann Ihnen ch sagen, daß dieser Standpunkt nicht etwa nur mein Standpunkt, sondern daß dieser Standpunkt auch von der Obersten Heeresleitung ausdrücklich geteilt wird. Der auch die Oberste Heeresleitung führt den Krieg nicht um des Krieges willen, sondern auch die Oberste Heeresleitung hat mir gesagt: Sobald ein ernster Friedenswille sich auf der anderen Seite bemerkbar macht, müssen wir der Sache nachgehen. Nun wird sie Herren interessieren, wie sich von diesem Standpunkt ausweisse Probleme darstellen, die die Gegenwart uns aufdrängt. haben über diese Fragen am 1. und 2. Juli im Großen Hauptquartier unter dem Vorsitz Seiner Majestät des Kaiser eingehende Besprechungen stattgefunden. Ich kann natürlich nigans allgemein die Richtlinien hier angeben, die damals festgelegt wurden. Also zunächst bezüglich des Ostens: Meine Herren wir stehen auf dem Boden des Friedens von Brest-Litowsk und wollen diesen Frieden in loyaler Weise ausgeführt sehen. Es ist der Wille der deutschen Reichsleitung und darin wird sie unterstützt von der Obersten Heeresleitung. Aber, meine Herren, die Schwierigkeiten der Ausführung des Friedens von Brest-Litowsk liegen nicht auf unserer Seite, sondern diese Schwierigkeiten liegen darin, daß, wie Sie wissen, die Verhältnisse in Rußland noch so außerordentlich labil unsicher sind. Wir sind geneigt, meine Herren, an die Loyalität der russischen Regierung uns gegenüber zu glauben, wir sind insbesondere geneigt, an die Loyalität des Vertreters der russischen Regierung hier in Berlin zu glauben. Aber meine Herren, wir werden nicht so unbedingt annehmen können und dürfen, daß die gegenwärtige russische Regierung auch die Macht hat, die uns gegebenen loyalen Zusagen überall durchzuführen. Wir wollen durchaus der jetzigen russischen Regierung keine Schwierigkeiten machen. Wir stellen uns auf den loyalen Boden des Friedens von Brest-Litowsk und tun, was wir können, um diesen Frieden auszuführen. Aber wie die Zustände sind, meine Herren, gibt es unaufhörlich Verwirrungen, unaufhörlich Reibungen an den Grenzgebieten, unaufhörlich Uebergriffe dieser oder jener kleinen Heeresgruppe. Aber ich niederhole unser Prinzip: Wir stehen auf dem Boden des Friedens von Brest-Litowsk und wir wollen den Frieden loyal ausführen, wir wollen mit der gegenwärtigen russischen Regierung loyal verhandeln. Sie alle, meine Herren, stehen noch unter dem Eindruck des furchtbaren Verbrechens in Moskau, des Attentates, das an unseren Gesandten dort verübt worden ist — eine völkerrechtswidrige Tat, wie sie ärger nicht zum Himmel schreien kann. Alle Sperren deuten darauf hin, daß die fluchwürdige Tat auf Anregung der Entente geschehen ist, um uns mit der jetzigen russischen Regierung neuerdings in Krieg zu verwickeln —, ein Zustand, den wir aufs eifrigste vermeiden wollen. Wir wollen keinen neuen Krieg mit Rußland. Die jetzige russische Regierung will den Frieden und braucht den Frieden, und in dieser friedensgeneigten Absicht unterstützen wir sie. Auf der anderen Seite, meine Herren, ist ja auch wahr, daß sehr verschiedenartige politische Strömungen durch das russische Reich hindurchgehen, Bestrebungen der verschiedensten Art: monarchistische Bestrebungen, Bestrebungen der Kadettenpartei, Bestrebungen der sogenannten rechten Sozialrevolutionäre usw. Meine Herren, ich sage: Wir stehen so, daß wir loyal mit der jetzigen russischen Regierung verhandeln, daß wir nichts unternehmen, was die russische Regierung in ihrer Stellung schädigen könnte, daß wir aber unsere Ohren und unsere Augen offen halten, um uns nicht durch eine plötzliche Umwandlung der dortigen Verhältnisse ins Unrecht setzen zu lassen oder überraschen zu lassen. Ich kann nur an das Wort erinnern, das einmal Gortschakoff gesprochen hat: Wir sind stumm, aber wir sind nicht taub, wir lassen uns mit gar keinen politischen Gegenströmungen ein, aber wir horchen aufmerksam, wohin die Richtung in Rußland geht. Das ist der Standpunkt, den ich einnehme, das ist der Standpunkt, über den auch bei den Besprechungen am 2. Juli im Großen Hauptquartier die vollste Klarheit und das vollste Einverständnis zwischen allen Beteiligten erzielt worden ist. Ich kann sagen, daß der Herr Staatssekretär v. Kühlmann, der selbst bei diesen Besprechungen nicht anwesend war, — das Auswärtige Amt war aber durch den Ihnen wohlbekannten Herrn v. Rosenberg, der ja der Gefährte und die sachverständige Stütze des Herrn von Kühlmann in Brest-Litowsk und in Bukarest gewesen ist — mit diesem Standpunkt vollkommen einverstanden gewesen ist und daß die Oberste Heeresleitung diesem Standpunkt ebenso vollkommen beigetreten ist. Ueber Einzelheiten können ja in Einzelfalle da oder dort Meinungsverschiedenheiten auftreten, aber die Grundlinie ist die, die ich eben bezeichnet habe.

Im Anschluß daran ging der Reichskanzler auf die Beurteilung der politischen Lage im Westen ein und machte darüber vertrauliche Mitteilungen. Sodann sprach er von den Gründen, die zum Rücktritt des Staatssekretärs von Kühlmann geführt haben. Er wies darauf hin, daß es keine sachlichen, sondern persönliche Gründe waren, die Herr v. Kühlmann veranlaßt haben, um Entbehung von seinem Amte zu bitten. Der Reichskanzler sprach in warmen Worten von den Eigenschaften des Staatssekretärs, dessen politische Erfahrung, treffendes Urteil und unermüdliche Ausdauer und dessen Geschicklichkeit und Gewandtheit im Verkehr er voll anerkannte. Er habe sich von ihm trennen müssen, da das notwendige Vertrauensverhältnis zwischen ihm und anderen Faktoren nicht bestanden habe, ein Vertrauensverhältnis, das für eine reibungslose Führung der Geschäfte nicht entbehrt werden könne. Der Reichskanzler fuhr dann fort:

Der Name des in Aussicht genommenen Nachfolgers des Herrn v. Kühlmann ist Ihnen bekannt. Herr v. Hintze ist ein sehr genauer Kenner der russischen Verhältnisse. Er ist vor dem Krieg auf der Botschaft in Petersburg beschäftigt gewesen. Er hat in dieser seiner Eigenschaft große Reisen durch Rußland gemacht. Er ist mit den Verhältnissen und Personen in Rußland sehr eingehend vertraut, was für die jetzige Lage von großer Wichtigkeit ist. Aber, meine Herren, es versteht sich von selbst, daß ich meine Kontrasignierung zur Ernennung des Herrn v. Hintze nur dann gebe, wenn Herr v. Hintze meine Politik macht und nicht seine eigene. Dafür habe ich aber bereits in den Zusagen des Herrn v. Hintze — die Ernennung ist noch nicht erfolgt — meinerseits die feste Bürgschaft. Ich mache die Politik. Der verantwortliche Reichskanzler macht die Politik. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat lediglich meine Politik zu führen. Davon ist der in Aussicht genommene, aber noch nicht ernannte Staatssekretär vollkommen durchdrungen. Meine Herren, ich glaube also, ein Grund zur Beunruhigung ist nicht vorhanden. Der Kurs, mit dem sich die große Mehrheit des Reichstages im November des vergangenen Jahres einverstanden erklärt hat, wird weitergeführt.

In der

Aussprache.

erhielt zunächst das Wort der Abg. Gröber (Zentr.), der sich im wesentlichen auf den Standpunkt des Reichskanzlers stellte und sich von den Ausführungen des Reichskanzlers für befriedigt erklärte. Für die Sozialdemokratie sprach der Abg. Scheidemann, der erklärte, er könne nach den Ausführungen des Reichskanzlers und nach der Behauptung des Reichskanzlers, daß sich sachlich nichts geändert habe, nicht verstehen, warum dann der Staatssekretär v. Kühlmann seinen Abschied erhalten habe. Als letzter Redner erhielt der Abg. Fischbeck (Vpt.) das Wort.

Dann wurden die Verhandlungen auf Freitag vormittag vertagt.

Aus Finnland.

Stockholm, 11. Juli. (WTB.) Wie „Svenska Dagbladet" aus Helsingfors erfährt, erklärte Senator Setälä in Wiborg, daß es für die finnische Regierung nahezu un-

möglich sei, die äußere Stütze zu bekommen, die Finnland brauche. Könne die Frage der Regierungsform nicht in nächster Zukunft entschieden werden, so halte die Regierung ihre weitere Arbeit für nutzlos. Am Montag abend besprach die Regierung mit den Landtagsgruppen in einer geheimen Konferenz die Regierungsform. Dabei teilte der Regierungschef Paasikivi mit, daß die Regierung beschlossen habe, die Annahme der monarchischen Staatsform zu einer Kabinettsfrage zu machen. Die Republikaner betonen, dies sei illoyal, und verlangen eine Volksabstimmung, vor der sich jedermann beugen werde.

Finnische Auszeichnungen für Hindenburg und Ludendorff.

Berlin, 11. Juli. Dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg und dem Ersten Generalquartiermeister v. Ludendorff ist durch den Reichsverweser Finnlands Svinhufvud das Großkreuz des finnischen Freiheitskreuzes verliehen worden.

*

Aus der russischen Republik.

Moskau, 9. Juli. Die Presse meldet: In den nächsten Tagen wird die Ankunft des englischen Botschafters Buchanan in Wologda erwartet.

Am 5. Juli hat hier eine Versammlung aller Kriegskommissare und Leiter der Militärabteilungen der Sowjets stattgefunden. Der oberste Kriegssowjet wird nach Murom übersiedeln.

Die Reise nach Simbirsk und Kaluga, ebenso nach Archangelsk und dem Gouvernement Pskow ist aus wirtschaftlichen Gründen verboten.

Trotzki soll in dem allrussischen Kongreß der Sowjets erklärt haben, er habe Nachrichten, daß an der Front die Einigkeit der Sowjettruppen durch englische und französische Propaganda gelitten habe. Einzelne Teile der Truppen seien zum Feinde übergegangen.

Der Kriegszustand wurde über die Murmanküste und die Bahn bis Swanka verhängt.

Das Gerücht von der Ermordung des Zaren.

Kopenhagen, 11. Juli. Berlingske Tidende meldet aus Stockholm: Ein schwedischer Geschäftsmann, der dieser Tage aus Perm zurückgekehrt ist, teilt mit, daß der Zar noch am Leben sei und daß das Gerücht von seiner Ermordung wahrscheinlich dadurch entstanden sei, daß eine Bombe gegen das Haus des Zaren geworfen wurde. Er selbst sei unverletzt geblieben, jedoch soll sein Sohn getötet worden sein.

Die Mörder des Grafen Mirbach.

Moskau, 9. Juli. Nach einer amtlichen Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur sind die Mörder des Grafen Mirbach die Mitglieder der linken sozialrevolutionären Partei Andrejew und Blumkin.

Amerikanische Vorschüsse an Italien.

Haag, 12. Juli. (L.-A.) Das amerikanische Finanzamt bewilligte der italienischen Regierung einen weiteren Kredit von 10 Millionen Dollars. Damit ist die Summe aller amerikanischen Vorschüsse an Italien auf 660 Millionen Dollars gestiegen.

Ungarn und das Wirtschaftsbündnis mit Deutschland.

Budapest, 11. Juli. (WTB.) Im Abgeordnetenhause beantwortete gestern der Ministerpräsident Wekerle eine am 26. Juni eingebrachte Interpellation des Abgeordneten Hugo Lehne von der Karolyipartei in der Angelegenheit des Vertrages mit Deutschland über die landwirtschaftlichen Zölle. Auf die Frage des Interpellanten, ob die Regierung ein Wirtschaftsbündnis mit Deutschland derart wünsche, daß darin die landwirtschaftlichen Zölle nicht aufrechterhalten werden sollen, erklärte der Ministerpräsident, daß darüber bis jetzt nur Vorbesprechungen stattgefunden haben. Es besteht jedoch die Absicht, daß, wenn wir mit Deutschland ein Zollbündnis schließen, für die landwirtschaftlichen Zölle gegenseitige Zollfreiheit bestehen soll. Auf die Frage des Interpellanten nach den Industriezöllen, ob der Ministerpräsident Anhänger des vollkommen freien Verkehrs sei, erklärte der Ministerpräsident, daß für die Industriezölle niemals vollkommene Verkehrsfreiheit geplant war, vielmehr soll für jene Industriezweige, für welche unsere Produktionsverhältnisse Schutz erheischen, dieser Schutz auch zukünftig aufrechterhalten werden. Auf die Frage, welche Stellung die Regierung zu den bekannten Aeußerungen des Vizekanzlers v. Payer einnehme, verwies der Ministerpräsident auf seine in dieser Angelegenheit bereits abgegebene Erklärung, daß diese Journalisten gegenüber gemachten privaten Aeußerungen des Vizekanzlers nicht als offizielle Kundgebung betrachtet werden können. Uebrigens handelte es sich in dieser Erklärung nicht um eine aktuelle Politik, sondern um ein Endziel, das angestrebt werden soll. „Wir können,“ sagte Wekerle, „nicht auf diesem Standpunkt stehen. Der Abschluß der Verträge ist ausschließlich zwischen Deutschland, Ungarn und Oesterreich geplant. Ueber Modalitäten, wie andere Staaten einbezogen werden könnten, fanden bisher keine Verhandlungen statt. Im übrigen verweise ich auf meine seinerzeit gemachten Darlegungen, daß die landwirtschaftlichen Zölle bei den heutigen Getreidepreisen und insbesondere angesichts der außerordentlichen Beschränkungen des Getreideverkehrs und des Transportes sozusagen keinerlei Bedeutung haben. Wenn auch andere Staaten in das Bündnis einbezogen werden sollten, müßte dafür gesorgt werden, daß für unsere landwirtschaftlichen Erzeugnisse das Absatzgebiet unter allen Umständen gewahrt bleibt.“ Schließlich erklärte der Ministerpräsident, daß er die von dem Interpellanten gewünschte Entsendung einer parlamentarischen Kommission, die über den Verlauf der Verhandlungen mit Deutschland berichten soll, nicht für zweckmäßig halte. Er versichere neuerlich, daß, wenn die Frage zur Entscheidung gelange und endgültig Stellung genommen werden solle, die Meinungsäußerungen der Fachkreise eingeholt würden. Die Antwort des Ministerpräsidenten wurde zur Kenntnis genommen.

Der Seekrieg.

Neue U-Boot-Erfolge.

Berlin, 11. Juli. Von unseren U-Booten sind im Kanal neuerdings 4 bewaffnete Dampfer mit zusammen 20 000 Br.-R.-T. versenkt worden.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Aus dem Reiche.

Fliegerangriff auf Offenburg.

Karlsruhe, 11. Juli. Amtlich wird gemeldet: Ein heute erfolgter Angriff mehrere feindlicher Flieger auf Offenburg, bei dem eine beschränkte Anzahl Bomben abgeworfen worden ist, hat einigen Sach- und Gebäudeschaden verursacht. Personen sind nicht verletzt.

Die fleischlosen Wochen.

Nach neueren Meldungen beginnen die fleischlosen Wochen am 19. August. In jedem Monat soll in einer Woche die Fleischlieferung ausfallen. Das „Leipz. Tagbl.“ teilt mit, daß die Festsetzung für das ganze Reich gleichmäßig erfolgt. Als fleischlos sind vorgesehen die Wochen 19.—25. August, 9.—15. September, 29. September bis 6. Oktober und 20.—27. Oktober. Die Fleischration soll von 250 auf 200 Gramm für alle Städte von 100 000 Einwohnern ab festgesetzt werden für die 50 Gramm Fleisch wird ein entsprechendes Quantum Mehl gewährt.

Die Preise für Frühkartoffeln.

Berlin, 11. Juli. (WTB.) Auf mehrfache Anfragen teilt das Kriegsernährungsamt mit, daß eine Erhöhung der Preise für Frühkartoffeln über die in der Verordnung vom 9. März 1918 vorgesehene Höchstgrenze von 10 Mark hinaus nicht beabsichtigt ist, zumal in wenigen Tagen mit einer reichlicheren Anfuhr vollausgereifter Frühkartoffeln gerechnet werden kann.

*

Hamburg, 11. Juli. (WTB.) Der Senat ließ der Bürgerschaft die Antworten auf ihre Beschlüsse über die weiteren Friedensschlüsse, die Neugestaltung des deutschen Auslandsdienstes und die Wiedereinsetzung des freien Handels in seine Rechte zugehen. Von dem ersten Beschluß, in dessen Sinne er getreu seinem bisherigen Standpunkt weiter wirken werde, gab der Senat dem Reichskanzler Kenntnis. Zu dem zweiten Beschluß erklärt der Senat, daß auch er überzeugt sei, daß eine wirksame Vertretung der deutschen Interessen im Auslande wünschenswert sei, und daß er in diesem Sinne wirken werde. Auf das Ersuchen der Bürgerschaft, im Bundesrat mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß mit Friedensschluß der freie Handel als das erprobte, allein wirksame Mittel für die Wiederherstellung der deutschen Auslands- und Inlandswirtschaft wieder in seine Rechte eingesetzt wird, erwiderte der Senat, daß dieses Ersuchen durchaus dem von ihm eingenommenen Standpunkt entspreche, und daß auch er dafür eintreten werde, daß der freie Handel mit dem Friedensschluß wieder in seine Rechte eingesetzt werde.

Aus Stadt und Land.

Gießen, den 12. Juli 1918.

** **Auszeichnung.** Der Leutnant Eduard Senßfelder, Adjutant bei einem Artillerie-Parkkommando erhielt das Eiserne Kreuz 1. Klasse. Das Eiserne Kreuz 2. Klasse und die Hessische Tapferkeitsmedaille wurden ihm bereits früher verliehen.

** **Beförderung.** Walter Mank wurde zum Gefreiten befördert und erhielt das Eiserne Kreuz zweiter Klasse.

L.U. **Landes-Universität Gießen.** Dem Oberarzt an der hiesigen Universitäts-Frauenklinik Dr. Paul Willi Siegel, seither Privatdozent an der Universität Freiburg i. B., wurde die venia legendi für das Fach der Geburtshilfe und Frauenheilkunde an unserer Universität erteilt.

** **Freibank:** Samstag, 13. Juli 1918, 2—4 Uhr, von Nr. 721—930.

** **Bronzeglocken und Orgelpfeifen.** Vom Kriegsministerium — Kriegsamt — in Berlin ist eine nochmalige Durchprüfung der Bronzeglocken und Orgelpfeifen auf ihre Zugehörigkeit zu den einzelnen Gruppen angeordnet worden, da es notwendig ist, daß noch weiteres Glockenmetall und Orgelzinn zur Ablieferung gelangt. Näheres hierüber finden die Beteiligten in der hierüber heute erscheinenden amtlichen Bekanntmachung.

** **Gießener Waldbühne.** Es ist eine alte Tatsache, daß das Freilichttheater stets mit Schwierigkeiten in den Witterungsverhältnissen zu kämpfen hatte. Die erste Vorstellung wurde sicher ein- bis zweimal verregnet und so der Beginn der Spielzeit mitunter bis in den Hochsommer hinaus verzögert. Dasselbe Bild rollte sich auch dieses Jahr auf. Die feuchte, kalte Witterung verhinderte immer wieder die längst geplante Eröffnungsvorstellung. Zweimal festgesetzt kamen Regenschauer, die den Waldboden tüchtig aufweichten, und vorbei war es mit der Spielmöglichkeit. Aber aller guten Dinge sind drei! Gestern war die Vorstellung zum drittenmal angesetzt und jetzt hatte der Himmel endlich ein Einsehen. Fast wolkenlos wölbte sich der Himmel und die Sonne schuf zwischen den Bäumen die schönsten Lichteffekte. In Szene ging Björnstjerne Björnsons altes und doch ewig junges, geistvolles Lustspiel „Wenn der junge Wein blüht“, das auch hier nicht unbekannt ist. Die Darsteller, Mitglieder des Kurtheaters Bad-Nauheim, spielten flott und paßten sich der Umgebung sicher an. Karl Volck, der auch die Spielleitung inne hatte, die bei der Freilichtbühne noch größere Schwierigkeiten bietet und mitunter große Ansprüche an die Erfindungskunst des Spielleiters stellt, löste seine Aufgaben prächtig. Sein Arvik war all stillem, feinem Humor, ohne trottelhaft zu werden, und seine Spielleitung bewährte sich aufs beste. Würdig stand ihm Adolf Teleky als Probst Hall zur Seite, bestimmt und doch zurückhaltend. Frau Arvik wurde durch Auguste Marcks fein verkörpert. Sie wußte stets den rechten Ton zu treffen. Die drei Töchter Arviks gaben Alice Boetsch, Hermine Wossidlo und Helene Kallmar voll Anmut und Frische wieder. Auch Morgat Werner al Alwilde und Oskar Feigel als Torming paßten sich gut an. In kleineren Rollen waren entsprechend besetzt. — Man hat seit dem Wiederauftauchen der Freilichtbühnen stets darüber gestritten welche Stücke geeignet seien und welche nicht. Die einen wollte nur das klassische Schauspiel oder die historische Revue, nicht aber das moderne Drama oder Lustspiel, die anderen hielten die Moderne geeigneter u. a. m. Wir wollen nicht darüber rechten. Grundbedingung, ob klassisch oder modern, ist ja auch immer die Einheit des Ortes und wie der Spielleiter es fertig bekommt, das Ganze nach dem unveränderlichen Szenenrahmen zu gestalten. Man kann sehr gut, das sah man gestern, auch Björnson auf d. Freilichtbühne bringen, und bei geschickter Spielleitung Erfolg zielen. Nur auf einen Zweig der darstellenden Kunst sei noch verwiesen, auf Volksstück, Singspiel und Schäferspiel. Hier können die Freilichtbühnen doch sicherlich in der Natur Schöneres und künstlerisch Bedeutenderes hervorbringen, als die Bühne mit Leinwand und Latten. Wie reizend müßte ein Singspiel von Mozart oder Wolff-Ferrari hier wirken, wie anmutig in der grünen, stimmungsvollen Umgebung ein altes Schäferspiel. Die akustische Wirkung muß nur gut sein, und die hat sich bei der hiesigen Freilichtbühne entschieden vervollkommnet. Wenn wir an 1914, die erste Zeit der Waldbühne zurückdenken, so läßt sich der Fortschritt schon rein äußerlich feststellen. Die kleinen Bäume sind gewachsen, die Laub- und Nadelwand ist dichter geworden, der Raum geschlossener. Wenn, was zu hoffen ist, es nun endlich wärmer wird und das gute Wetter anhält, so wird ja wohl auch die Freilichtbühne, wie wir hören, mehr durch ihre Darbietungen erfreuen können.

** **Gastspiel im Stadttheater.** Am Mittwoch den 17. Juli, abends 8 Uhr, veranstaltet das Wandertheater des stellv. Generalkommandos des 18. A.-K. im Stadttheater ein Gastspiel zum Besten der heimkehrenden Kriegsgefangenen, welches durch ????e Bühnenkünstler ausgeführt wird. Das Programm bietet in der ersten Hälfte einen sehr reichhaltigen bunten Teil mit gesanglichen und deklamatorischen Vorträgen ernsten und heiteren Inhalts, im zweiten Teil kommt ein Theaterstück zur Aufführung: „Treue um Treue“, ein Spiel aus der Gegenwart. Der Vorverkauf findet an der Kasse des Stadttheaters statt. Um das Liebeswerk für die vielen Tausende, die das traurige Los der Gefangenschaft lange ertragen mußten, auszubauen, bedarf es der Opferwilligkeit unseres Volkes. Es darf wohl in Anbetracht dieses guten Zweckes eine starke Beteiligung an dieser Veranstaltung erwartet werden.

** **Wohltätigkeitskonzert.** Im Stadttheater findet am Freitag den 19. Juli ein Wohltätigkeitskonzert zum Besten der Hinterbliebenen der Gefallenen des Inf.-Regts. „Kaiser Wilhelm“ (2. Großh. Hess.) Nr. 116 statt. Die Garnisonkapelle, die auf 50 Mitglieder Streichorchester verstärkt ist, wird unter Leitung von B. Herrmann spielen. Als Solist tritt F. Kaufmann (Violine) auf. Bei dem guten Zweck der Veranstaltung kann der Besuch nur empfohlen werden. Näheres siehe Anzeige.

** **Lichtspielhaus**, Bahnhofstr. 34. Von Samstag bis einschließlich Dienstag tritt Henny Porten in ihrem Lustspiel „Auf Probe gestellt“ auf. Arnold Rieck in „Der unwiderstehliche Theodor“. Siehe Anzeige.

Landkreis Gießen.

** **Saasen**, 11. Juli. Am 10. Juli fand hier die Synode des evangelischen Dekanats Grünberg statt. Nach einer Andacht und nach den Wahlprüfungen erstattete Herr Dekan Röschen-Freienseen den Jahresbericht für 1917. — Der gleichfalls von Dekan Röschen erstattete Bericht über den Erziehungsverein gab ein Bild von den Schwierigkeiten, aber auch von dem Segen der Unterbringung und Beaufsichtigung von 150 Zöglingen. Herr Schulrat Dr. Eck-Worms (früher in Alsfeld) sprach der Versammlung aus dem Herzen, als er, zugleich im Namen des Kreisamts Worms, Herrn Dekan Röschen für seine nun 25jährige Mühewaltung im Erziehungsverein dankte. Pfarrer Siebert-Merlau erstattete den Bericht über die Dekanatskrankenpflege: der Wunsch der Synode ging dahin, möglichst bald einen Ersatz für die aus der Arbeit des Dekanats geschiedene Schwester zu erhalten. Bei den folgenden Wahlen wurden wiedergewählt: Zum Dekan Dekan Röschen, zum Vertreter Pfarrer Georgi-Ermenrod, zu Mitgliedern des Dekanatsausschusses Bürgermeister Ranft-Grünberg, Bürgermeister Schmidt-Queckborn, Pfarrer Scriba-Wetterfeld, Matthäus Lein-Kleidenrod, neugewählt Pfarrer Schick-Queckborn. Ueber „das Wohnungs- und Siedlungswesen“ mit besonderer Berücksichtigung der Frage der Kriegerheimstätten, sprach dann Herr Pfarrer Marquth-Winnerod.

Kreis Schotten.

t. **Nidda**, 11. Juli. Gestern wurde hier Schweinemarkt abgehalten, der mit Ferkeln gut befahren war. Aber es hatten sich auch sehr viele Kauflustige eingefunden. Trotzdem war der Handel anfangs gedrückt, weil die Züchter die bisherigen unerhört hohen Preise verlangten, die Käufer aber auf einen Abschlag hofften. Viele von ihnen unterließen den Ankauf. Gegen Ende des Marktes wurde der Handel lebhafter; die Preise gingen nur wenig zurück. Ein Paar 5 Wochen alte Ferkel kostete durchschnittlich 200 Mk., 6 bis 7 Wochen alt 250 Mk., ältere Ferkel 400 Mk.

Starkenburg und Rheinhessen.

K.P. **Mainz**, 11. Juli. Eine aufsehenerregende Verhaftung wurde in hiesiger Stadt vorgenommen. Bei der städtischen Hafen- und Lagerhausverwaltung wurde die Unterschlagung größerer Summen festgestellt. Im Zusammenhang damit ist nun der Hafeneinnehmer Hugo Kirchheim verhaftet worden. Um seine Betrügereien zu verdecken, verbrannte der ungetreue Beamte einen Teil der Geschäftsbücher. Aus diesem Grunde war es bis jetzt noch nicht möglich, die Höhe der unterschlagenen Summen genau festzustellen. Zur Sicherung hat die Stadt das gesamte Vermögen Kirchheims mit Beschlag belegt, darunter auch einen in Kriegsanleihe angelegten Barbetrag von 14 000 Mark.

Hessen-Nassau.

X. **Hanau**, 11. Juli. Bei einer Fahrt auf der Kinzig kippte der mit zwei jungen Burschen besetzte Nachen um. Einer der Insassen, der 15 Jahre alte Sohn des Diamantschleifers Stein, ertrank, der andere Insasse konnte sich retten.

Sport.

Zweite Regatta des Süddeutschen Ruderverbands.

Der hiesige R.-K. „Hassia“ hat zu der Sonntag 21. Juli in Fechenheim a. M. stattfindenden 2. diesjährigen Regatta des S.R.-V. zu dem Anfänger-, Ehrenpreis- und Gesellschafts-Vierer gemeldet. Im Anfänger trifft „Hassia“ mit Mannheimer Wassersportverein „Vorwärts“, Offenbacher R.-K. „Germania“, Frankf. R.-K. „Alemannia“ und „Undine“, sowie Fechenheimer R.-G. 1910 zusammen. Offenbach und Fechenheim bilden im Gesellschafts-Vierer die Konkurrenten, während im Ehrenpreis-Vierer neben Fechenheim die Hauptkonkurrentin der „Hassia“, die Frankfurter „Amicitia“, am Start erscheinen wird. Den Achter bestreiten außer der „Amicitia“ noch Offenbach und Fechenheim. Während der Ermunterungseiner Meldungen von Mannheim, Offenbach, Frankfurter „Alemannia“ und Fechenheim aufweist, werden im Main-Vierer 2 Boote der Fechenheimer R.-G. 1910 starten. Da nur 4 Boote gleichzeitig starten können, finden im Anfänger-Vierer vormittags 10 Uhr Vorrennen statt.

* **Gießener Ruder-Gesellschaft 1877 e. V.** Das Schüler-Wettrudern um den Herausforderungspreis findet Sonntag den 14. Juli, nachm. 4 Uhr, am Boothaus auf der Woog statt.

— **Gauvorturnerstunde.** Sonntag nachmittag, 2 Uhr, findet in der Turnhalle des Turnvereins Gießen 1846 eine Gauvorturnerstunde des Gaues Hessen statt. Der erste Teil des Uebungsplans umfaßt die militärische Ausbildung unserer Turner nach den Richtlinien des Kriegsministeriums. Für den zweiten Teil kommt Geräteturnen am Reck, Barren und Pferd, sowie volkstümliches Turnen zur Durchführung.

* **Fußball.** Am letzten Sonntag trafen sich zum Rückverbandsspiel die beiden ersten Mannschaften des W.B.C. und V.f.R.G. auf dem Sportplatz an der Hardt. Gießen, verstärkt durch den Mittelläufer Wenzel, kam vor Halbzeit nicht recht zusammen und konnte Wetzlar bis zur Pause zweimal einsenden, während Gießen ein Tor durch Bieler aufholte. Nach Halbzeit war das Zusammenspiel von 1900 recht gut und konnten durch den Mittelstürmer Bieler drei Tore und eins durch den Rechtsaußen verwandelt werden. Obwohl Wetzlar aufopfernd und fair spielte, konnte Gießen der wohlverdiente Sieg von 5:3 nicht genommen werden.

Hochschulnachrichten.

ſſ **Marburg**, 11. Juli. Nachdem kürzlich in einer öffentlichen Versammlung Marburger Frauen die dringende Mahnung zum Ausdruck gebracht wurde, nach Möglichkeit Beschäftigung als Munitionsarbeiterin in Kassel anzunehmen, fordert jetzt der Rektor der Universität die Studentinnen, deren Zahl über 400 beträgt, in einem Anschlag am schwarzen Brett auf, sich während der Ferien zur Munitionsarbeit zu melden.

Kirchliche Nachrichten.

Israelitische Religionsgemeinde. Gottesdienst in der Synagoge (Süd-Anlage). Samstag 13. Juli. Vorabd.: 8.30; morg.: 8.30; abds.: 9.50 u. 10.30. — **Israelitische Religionsgesellschaft.** Sabbatfeier am 13. Juli. Freitag abd.: 8.20; Samstag vorm.: 8.30; nachm.: 4.30; Sabbatausg.: 10.30. Wochengottesd.: morg. 7.00, abds.: 8.00. Mittwoch abd.: 10.20. Donnerstag abd.: 8.45.

Müllersche Badeanstalt. Wasserwärme der Lahn am 12. Juli 17° R.

Mb. Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 11. Juli.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20. Die

zweite Lesung der Steuervorlagen

wird mit der Umsatzsteuer fortgesetzt.

Abg. **Meerfeld** (Soz.): Die Umsatzsteuer ist die einschneidendste aller neuen Steuern. Jede Ware, die sechsmal umgesetzt wird, wird um 3 Prozent erhöht. Daraus ist die ungeheuere Verteuerung aller Waren zu ersehen. Die Produktion wird verteuert, der Handel erschwert und das ganze Wirtschaftsleben belastet. Da das Gesetz der Anfang einer allgemeinen Produktionsbesteuerung ist, sind wir gezwungen, dieses Gesetz abzulehnen.

Abg. **Waldstein** (F. Vpt.): Entweder sollte man jede Erwerbstätigkeit, also auch die der Angestellten und Beamten, durch die Steuer erfassen, oder aber man sollte sich auf den wirklichen Warenumsatz beschränken. Da nur gewerbliche Leistungen erfaßt werden, so bleiben die freien Berufe unberücksichtigt.

Abg. **Bernstein** (U. Soz.): Dieses Gesetz ist wieder eine Besteuerung des Verbrauches, es ist für uns daher unannehmbar. Die Freilassung der freien Berufe müßte ausdrücklich festgelegt werden. Ich beantrage daher einen besonderen Paragraphen 1a: Der gewerblichen Tätigkeit wird nicht zugerechnet, die Ausübung der freien Berufe der Aerzte, Erzieher, Gelehrten, Künstler, Privatlehrer, Rechtsanwälte, Notare und Schriftsteller.

Abg. Dr. **Neumann-Hofer** (F. Vpt.): Ein Teil meiner Freunde bedauert die Abänderung des Paragraphen 1 durch den Ausschuß.

Abg. Dr. Junck (Natl.): Die freien Berufe brauchen nicht besonders aufgezählt zu werden. Ihre Freilassung geht aus dem Gesetz, zum mindesten aus der Ausschußberatung hervor.

Der Antrag Waldstein wird abgelehnt.

Paragraph 1 wird in der Ausschußfassung angenommen. Bei Paragraph 2 wird ein sozialdemokratischer Antrag auf Freilassung der Umsätze von Kohle, Koks und Braunkohle abgelehnt.

Bei Paragraph 3 beantragt Abg. Keil (Soz.), von der Besteuerung freizulassen: Bundesstaaten, Gemeinden, Gemeindeverbände sowie gemischtwirtschaftliche Unternehmungen. Der Antrag wird nach kurzer Aussprache abgelehnt.

Paragraph 6 besagt, die Steuer beträgt 5 pro Mille. Die Steuerbeträge werden auf die volle Mark nach unten abgerundet.

Die Sozialdemokraten beantragen, hinzuzufügen, die Steuer beträgt 1 pro Mille für Getreide, Getreidefabrikate, Milch, Butter, Kartoffeln, Gemüse, Fleisch und Fett. — Ueber diesen Antrag wird namentlich abgestimmt. Dafür stimmen von 285 Abgeordneten 114, dagegen 171. Der Antrag ist abgelehnt.

Nach einem Kompromißantrag soll ein Paragraph 6a besagen: Besteht ein Unternehmen aus mehreren verschiedenartigen Betrieben, von denen der eine in ihm hergestellte Gegenstände an den anderen liefert, so ist diese Lieferung, wenn sie 100 000 Mark jährlich übersteigt, umsatzsteuerpflichtig. Dabei gilt als Entgelt derjenige Betrag, der am Orte und zurzeit der Lieferung von Wiederverkäufern gezahlt zu werden pflegt. Die näheren Voraussetzungen bestimmt der Bundesrat.

Paragraph 6a wird nach langer Erörterung in der Fassung des Kompromißantrags angenommen.

Paragraph 7 sieht erhöhte Steuern auf Luxusgegenstände, wie Edelmetalle, Perlen usw. vor.

Ein Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten will Dubletten streichen.

Abg. Wittum (natl.) bittet, diesem Antrage zu entsprechen.

Abg. Waldstein (F. Vpt.): Unterliegen auch übermalte Photographien der erhöhten Steuer?

Regierungsrat Popitz: Uebermalte Photographien sind keine Originalwerke. Sie fallen unter die erhöhte Steuer.

Abg. Bernstein (U. Soz.) begründet den Antrag seiner Partei und verlangt eine Erhöhung der Steuersätze für Luxusgegenstände und Pelzkragen.

Abg. Zimmermann (natl.) bittet, mechanische Musikinstrumente freizulassen. Sie seien die Musik des kleinen Mannes und wichtig für die Erweckung musikalischen Gehörs bei den Kindern. Die Musik ist das schönste Geschenk der Musen. Sie muß gehegt und gepflegt werden.

Die Anträge der Unabhängigen Sozialdemokraten werden abgelehnt, ebenso der Antrag des Zentrums.

Bei § 17 (Vorlegung von Geschäftspapieren) beantragt Abg. Waldstein (fortschr. Vpt.) den zweiten Absatz zu streichen, der auch den Angestellten Auskunftspflicht auferlegt.

Unterstaatssekretär Schiffer: Das Vertrauensverhältnis zum Chef soll nicht getroffen werden. Diese Auskunft wird nur in vereinzelten Fällen und dann sehr vorsichtig eingeholt werden. Wir müssen im Interesse des ehrlichen Steuerzahlers die Unehrlichen heranziehen.

Abg. Dr. Pfleger (Zentr.): Wir sind für Streichung dieses Absatzes.

Unterstaatssekretär Schiffer: Wird der Absatz gestrichen, dann müssen alle solche Fälle durch die Staatsanwaltschaft erledigt werden. Das würde dem Chef noch unangenehmer sein als die Auskunftspflicht der Angestellten.

Der Absatz wird gestrichen.

Bei § 30 beantragt Abg. Nacken (kons.) zu sagen: Von Unternehmen, die vorwiegend Lebensmittel vertreiben, dürfen vom 1. April 1919 ab Steuern vom Umsatz dieser Waren in Einzelstaaten und Gemeinden nicht mehr erhoben werden. Bei der Bezeichnung „notwendige Lebensmittel“ möge man nicht engherzig verfahren.

Abg. Keil (Soz.) tritt für Fassung des letzten Absatzes nach den Beschlüssen des Ausschusses ein. Diese besagen: Steuern vom Warenumsatz, welche beim Inkrafttreten dieses Gesetzes in Bundesstaaten oder Gemeinden bestehen, dürfen vom 1. April 1919 ab nicht weiter erhoben werden. Nach Inkrafttreten dieses Gesetzes dürfen Steuern vom Warenumsatz von Bundesstaaten oder Gemeinden nicht mehr eingeführt werden. Damit hört ein Teil der steuerlichen Verschiedenheit in den Bundesstaaten auf.

Abg. Koch (F. Vpt.) spricht sich gegen die Bestimmung aus, daß das Reich den Bundesstaaten 10 Prozent aus diesen Steuern zu überweisen hat als Erhebungsvergütung und 5 weitere Prozent an diejenigen Bundesstaaten zur Ueberweisung an die Gemeinden, die für die Lebensmittelversorgung Einrichtungen getroffen haben.

Abg. Schiele (kons.): Wir sind für Streichung des letzten Absatzes und sind bereit, dem Antrage Nacken beizutreten.

Abg. Dr. Junck (natl.): Wir stimmen dem Antrage Nacken zu. Die Einzelstaaten mögen es mit sich ausmachen, wie sie sich zur Umsatzsteuer stellen wollen.

Abg. Warmuth (D. F.): Mit dem Ausschußbeschluß dürfte auch die einzelstaatliche Warenhaussteuer in Wegfall kommen. Das kann nicht Aufgabe der Reichsgesetzgebung sein.

Unterstaatssekretär Schiffer: Die Annahme, daß durch den Bericht an den Reichstag über die Verwendung der an die Bundesstaaten abgegebenen Beträge dem Reichstag ein Kontrollrecht gegeben sein soll, trifft nicht zu.

Der Antrag Nacken wird angenommen.

§ 35 besagt, daß das Gesetz mit dem 31. Dezember 1923 außer Kraft tritt.

Abg. Bernstein (Soz.) beantragt als Termin hierfür das Ende des ersten Jahres nach Friedensschluß mit den Großmächten anzusehen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Es bleibt beim Ausschußbeschluß. In einer Resolution wird eine Besteuerung des Luxusmobiliarbesitzes angeregt.

Das Branntweinmonopol wird von der heutigen Tagesordnung abgesetzt. Das Gesetz gegen die Steuerflucht wird ohne Aussprache angenommen.

Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsaufsicht für die Zölle und Steuern.

Die erste Lesung des von dem Hauptausschuß vorgeschlagenen Gesetzes und des Nachtragsetats geht ohne Aussprache von statten. Auch in der zweiten Lesung wird das Wort nicht verlangt. Das Gesetz und der Nachtragsetat werden angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Fehrenbach schlägt vor, doch noch in die Beratung des Branntweinmonopols einzutreten, und zwar, um die Redner zum Paragraphen 1 zu hören und dadurch die morgige Tagesordnung zu entlasten. (Zustimmung.)

Abg. Schwarze-Lippstadt (Ztr.): Die Vorlage ist in der Kommission, da sie sehr spät eingebracht worden ist, durchgepeitscht worden. Die Interessenten sind noch gar nicht gehört worden. Es ist nicht gleichgültig, ob der Konsument 5 oder 10, oder 25 bis 40 Pfennig für ein Gläschen zu zahlen hat. Die Entschädigungsfrage ist noch nicht erörtert. Die Stellungnahme meiner Freunde bleibt vorbehalten.

Abg. Brey (Soz.): Wir sind dem Gedanken der Staatsmonopole nicht abgeneigt, hätten aber gewünscht, daß mit der Kohle und Elektrizität begonnen würde. Diese Fassung bedeutet eine ungeheure Belastung des Verbrauchs, des gewerblichen Lebens und der Krankenpflege.

Abg. Dr. Bärwinkel (natl.): Dieser Monopolplan ist ein kühnes Wagnis. Gewonnen hat der Monopolgedanke durch die Erfahrungen mit den Kriegsgesellschaften nicht. Es wäre vielleicht besser gewesen, die Verbrauchsabgabe zu erhöhen. Wir können uns erst entscheiden, wenn feststeht, welches das kleinere Uebel ist.

Abg. Scheef (F. Vpt.): Durch unsere Zustimmung binden wir uns nicht für die Zukunft. Wir werden auch künftig eine Politik der freien Entfaltung der Kräfte betreiben.

Abg. Rumm (D. F.): Die Not der Zeit hat hier einmal eine gute Wirkung ausgeübt. Bei diesem ersten Monopol wird es nicht bleiben. Die Interessen der Angestellten und Arbeiter müssen besonders gewahrt werden.

Abg. Wurm (U. Soz.): Dieses Monopol ist nichts als ein Schutzgesetz für die konservativen Interessen. Die Kartoffeln müssen sparsamer verwertet werden. Durch hohe Steuern wird die Trunksucht nicht beseitigt. Wir lehnen dieses Monopol ab.

Abg. Diez-Konstanz (Zentr.): Daß dieses Monopol die erwarteten Summen bringen wird, glaube ich nicht. Ein großer Konsumrückgang wird eintreten. Wir kommen aber um dieses Monopol nicht herum.

Darauf wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr vertagt, außerdem Anfragen, kleinere Vorlagen und Petitionen, 3. Lesung der Steuervorlagen bis auf das Branntweinmonopol. Schluß 3/49 Uhr.

Achtung, Landwirte!

Wir liefern ab Lager: 5201

Grasmäher, einspännig, zweispännig und Kuhmäher, Getreidemähmaschinen aller Arten Pflüge, Kultivatoren, Glatt-Walzen, Cambridge-Walzen, Drillmaschinen, Waschmaschinen, Zentrifugen, sowie sämtliche Maschinen und Geräte der Landwirtschaft

Ferner liefern wir alle Ersatzteile für sämtliche Maschinen
Eigene Reparatur-Werkstätte.

Schäfer & Fischer · Nidda
Bahnhofstraße 38 Fernsprecher 55

Hand-Arbeiten aller Art, wie Decken, Kissen, Läufer, Quadrate, Ecken finden Sie in noch reichhaltigster Auswahl im ::::
Zeichnungen aller Art werden angefertigt
Modehaus Salomon

Waschpulver

vorzüglich reinigend, frei von schädlichen Bestandteilen, kriegsamtlich genehmigt. Für Juli noch einige Ladungen abzugeben. Per 100 Ko. Mk. 68.— bei Waggonbezug. Lieferbar gegen Accred. Unter 100 Zentner werden nicht abgegeben. Kleines Quant. Doppelkohls. Natron abzugeben. 5225
H. Rosentreter, Wetzlar, Domplatz 12

Nutzholz-Verkauf.

Aus den Waldungen der Gemeinde Hungen soll nachverzeichnetes Holz auf dem Wege des schriftlichen Angebots verkauft werden:

Fichten-Schnittholz	I. Kl.	= 1,06	fm
" "	II. "	= 6,94	"
" "	III. "	= 13,80	"
Fichten-Stämme	II. "	= 1,66	"
" "	III. "	= 28,65	"
" "	IV. "	= 85,48	"
" "	Va. "	= 149,70	"
" "	Vb. "	= 105,73	"
Kiefern-Stämme	III. "	= 1,47	"
" "	IV. "	= 1,82	"
" "	V. "	= 9,40	"
Eichen-Stämme	IV. "	= 1,93	"
" "	VI. "	= 1,68	"
Derbstangen	I. "	= 10,57	"
"	II. "	= 1,05	"

Gebote, getrennt nach Sortiment und Klasse, sind verschlossen und mit Aufschrift „Holzsubmission“ bis spätestens **Dienstag den 23. Juli 1918**, vormittags 10 Uhr, bei Großh. Bürgermeisterei Hungen einzureichen, wo auch die Verkaufsbedingungen eingesehen werden können, denen sich die Käufer mit Einreichung ihrer Gebote unterwerfen. Das Holz ist gefällt, mit Rinde gemessen und wird vom Forstwart Butteron, Röthges, vorgezeigt.

Hungen, den 6. Juli 1918.
Großh. Bürgermeisterei Hungen.
Zendt. 5210

VERMIETUNGEN

Laden mit Wohnung zu verm. **Frankf. Straße 62, p.**

Schön möbl. Wohn- u. Schlafzimmer zum 1. Aug. zu verm. Näh. **Glaubrechtstr. 1.**

Schön möbl. **Wohn- u. Schlafzimmer** in angenehmer Lage (Sonnenseite) z. verm. Näh. i. d. Geschst. d. Gieß. Anz.

MIETGESUCHE

Wohnung gesucht: **6 Zimmer** m. Zubeh. von kl. Familie auf 1. Okt. evtl. Einfamilienhaus. Zu erfragen i. d. Geschst. d. Gieß. Anz.

Kleine Familie sucht zum 1. Okt. oder früher **3—4 Zimmer** mit allem Zubehör, wovon sich ein Zimmer für Bureauzwecke eignet, in Gießen od. nächster Umgebung zu mieten. Schriftl. Angeb. unter 03325 an den Gieß. Anz.

2-Zimr.-Wohng. m. Gas zu mieten gesucht. Angeb. mit Preisangabe unter 03335 an den Gieß. Anz.

Per 1. August suche **gut möbliertes Zimmer** mit elektr. Licht. Angeb. unter 03351 an den Gieß. Anz.

Zwei Leute suchen 2- bis **3-Zimr.-Wohnung** mit od. ohne Laden. Angeb. unter 03342 an den Gieß. Anz.

STELLENANGEBOTE

Wir suchen zu möglichst baldigem Eintritt einen **tüchtigen, zuverlässigen**

Maschinisten

für unsere Dampfmaschinenanlage.
Angebote, auch von Kriegsbeschädigten, mit Ang. der Lohnanspr., Militärverhältnisse, Einf. v. Zeugnisabschr. usw. zu richten an 5179

Heyligenstaedt & Comp.
Werkzeugmaschinenfabrik und Eisengießerei
(Aktien-Gesellschaft), Gießen.

Dienstmädchen
od. **Frau zur Aushilfe** gesucht **Kaiser-Allee 27.**

Gartenarbeiter und -arbeiterinnen
gesucht. 5191
Medizinische und Frauen-Klinik.

Verkäuferinnen

oder Damen, welche über gewandtes und sicheres Auftreten verfügen, anläßlich der Gründung eines neuen Unternehmens

gesucht.

Zu melden: Samstag abend 2—4 Uhr bei **Frau Kleiner,** Seltersweg 52 I. 5208aa

Hausmädchen
sofort gesucht. 5030 D
Städtisches Krankenhaus Bockenheim,
Ginnheimer Landstraße 42.

Ein ordentliches fleißiges Dienstmädchen gesucht
5122 **Schanzenstraße 6.**

Frisörgehilfe
(auch Kriegsinvalide) kann eintreten bei **Albert Seitz Ww.,** Friseurgeschäft, **Allsfeld,** Obergasse 17.

Sauberes fleiß. Mädchen
für **Küche** und Haus für 1. August **wird** gesucht von
Frau Urstadt,
4963 Gartenstr. 14.

In kleinem, besserem Privathaushalt **erfahrenes, zuverlässiges Mädchen** gesucht, das auch eine für den Haushalt gehaltene Kuh melken muß. Füttern und Pflegen der Kuh wird durch den Kutscher besorgt. Die Stelle wurde bisher von einer Verwandten bekleidet. Eintritt baldigst erwünscht. Schriftl. Ang. u. 5141 a. d. Gieß. Anz.

Tücht. Dienstmädchen ges.
03305 **Bleichstr. 13, I.**

Tüchtiges Mädchen
für Zimmerdienst und **Hausarbeit** sofort gesucht.
Sanatorium Gerster,
5221 **Braunfels.**

Maschinenfabrik in Gießen

sucht für ihr technisches Bureau zum baldigen Eintritt einen tüchtigen, jüngeren

Techniker

für Vorrichtungs- und Werkzeugbau, sowie einige

Zeichner od. techn. Zeichnerinnen

welche flott und sauber nach Angabe zeichnen können.
Bewerbungen, auch von Kriegsbeschädigten, mit selbstgeschriebenem Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Angabe der Gehaltsansprüche und des Eintrittstermins usw. unter 5180 an die Geschäftsstelle des Gießener Anzeigers erbeten.

Für die Erledigung des technischen Schriftwechsels

Herr oder Fräulein

(auch Kriegsbeschädigter)

zum baldigen Eintritt gesucht. Es kommen nur solche Bewerber in Frage, die durchaus **tüchtige Stenographen** und **flotte Maschinenschreiber** sind und selbständig oder nach kurzen Angaben einen umfangreichen Schriftwechsel erledigen können. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen unter Beifügung von Zeugnisabschriften erbeten an 5205c

Buderus'sche Eisenwerke Wetzlar.

Mehrere Zementarbeiter

sofort gesucht.

Jean Dern & Co.

Zu melden beim Meister in der Fabrik, Frankfurter Str. 114.

Tüchtige

Werkzeugschlosser, Dreher, Einrichter

sofort gesucht.

Industriewerke Stockheim G. m. b. H.
Stockheim (Oberhessen). 5204 D

STELLENGESUCHE

Aelt., unabhängige Witwe in allen Zweigen des Haush. erf., s. Stelle in bess. frauenlosem Haushalt. Angeb. unter 03328 an den Gieß. Anz. erb.

19j. ev. Mädch. f. St. i. bürgerl. Haush. Näh. d. Fr. **Christiane Krommel,** gewerbsmäßige Stellenvermittlerin, **Langsdorf** Steinweg 2. 5209

VERKÄUFE

Zugfestes Ackerpferd
zu verkaufen. Zu erfr. i. d. Geschäftsst. d. Gieß. Anz.

8 Ferkel
zu verkaufen. 03339
Philipp Schäfer, Wieseck.

2 Ziegen und 1 Lamm
zu verk. **Ludwig Werner,** Wieseck, Alten-Buseder Str.

Einlegschweine Läuferschweine,
auch kleinere, billige
Ferkel
zu verkaufen 5202
Rodheimer Straße 6
neben Möllers Oelmühle.

Wolfshund
mit vr. Stammbaum, 2 Jahre alt, scharf und wachsam, Prachtexemplar, für 150 Mk. zu verkaufen. Angeb. unter 5197 an den Gieß. Anz.

2 Kalterhasen u. 12 junge Hasen z. verk. Näh. z. erfr. in der Geschst. d. Gieß. Anz.

Gießen, Schloßgasse 6
Haus mit Laden
billig z. verk. Auskunft erteilt **Carl Stohr, Neuwied a. Rh.,** Dammstraße. 5219

Brennholz.
Gebe 4 Waggons **Tannen-,** 2 Waggons **Buchen-Brennholz,** kurz geschnitten, wegen Platzmangels billigst ab. **Phil. Jakobi,** Auf d. Bach 4, hinter der Stadtkirche.

Ein elegantes braunseidenes
Taftkleid
fast neu wegen Trauerfalls, sowie **1 Kinderstühlchen mit** Spieltisch zu verkaufen. Näh. **Landmannstraße 1.** 03320

Mist abzugeben
5214 **Dammstraße 41.**

Ein prima Garten
mit Obstbäumen
an der Lahn zu verkaufen. Zu erfragen **Kroidorfer Straße 22, III. St.** 5244

1 silb. Damenuhr, 2 Tennisschläger, 2 led. Brillkanteln (Sandows Gymnastik), **ein Opernglas, 1 Rasierapparat** sofort w. Abr. zu verk. Wo? sagt die Geschst. d. Gieß. Anz.

Gut erhaltenes
Fahrrad
sofort zu verkaufen 03341
Braugasse 8.

KAUFGESUCHE

Kleines Wohnhaus
mit etwas Garten
bei guter Anzahlung von reellem Verkäufer zu kaufen gesucht. Schr. Angeb. unter 03324 an den Gieß. Anz. erb.

Reines
Bienenwachs, Montanwachs,
in jedem Quantum v. Selbstverbraucher zu kauf. gesucht.
Johannes Hardtjaer
Chemische Fabrik
Köln-Klettenberg
Sülzburgstr. 44, Tel. A. 3015.

EMPFEHLUNGEN

Näh-Ahle „Juwel“
D.R.G.M. Patent in Oesterreich, Ungarn, Schweiz und Spanien.
Das unübertrefflichste Werkzeug für Jedermann!

Die größte Erfindung, um mit der Hand jetzt selbständig, sofort alles zu reparieren: Schuhe, Geschirre, Gürtel, Segel, Zelte, Treibriemen, Fahrradmäntel usw. **Juwel näht Steppstiche wie eine Nähmaschine.** Ständig die Anerkennungen. Preis per Stück mit verschiedenen Nadeln und Spule mit Faden

Mk. 4.20

unter Nachnahme. Porto und Verpackung frei.
Man beachte:
„Juwel“ ist Originalarbeit aus Metall, die Spule im Heft gibt beim Nähen den Faden ab wie eine Nähmaschine.
„Juwel“ hat so viel Vorzüge, daß die Nachahmungen fast wertlos erscheinen!
General-Vertrieb
J. Höpfl, München 70,
Landwehrstraße 39.
4823aa

Sanitas-Brot

soeben frisch eingetroffen.
Reformhaus, Kreuzplatz 5.

VERSCHIEDENES

K. 23/17
19

Zwangsversteigerung.
Freitag den 23. August 1918, nachmittags 3 Uhr, werden in unserem Amtszimmer die den Peter Schepp Ehel. in Burkhardsfelden zugeschriebenen nachstehend verzeichneten Grundstücke versteigert:
1. Flur 8 Nr. $29^{1}/_{10}$ — 280 qm Wohnhaus mit Hofraum, hinter dem Steeg, zwischen der Chaussee und dem Mittelweg, Buchnerstr. 2
2. Flur 8 Nr. $35^{1}/_{10}$ — 256 qm Bauplatz daselbst.
3. Flur 8 Nr. $35^{2}/_{10}$ — 230 qm Bauplatz daselbst.
4. Flur 8 Nr. $35^{3}/_{10}$ — 231 qm Wohnhaus mit Hofraum daselbst, Glaubrechtstr. 9.
Sofern anderweitige rechtliche Hindernisse nicht entgegenstehen, kann der Zuschlag erteilt werden, wenn auch die Höhe der Schätzung nicht erreicht wird. 5207 D
Gießen, den 10. Juli 1918.
Großherzogl. Ortsgericht.
J. V.: Leo.

Gefunden
eine Geldbrieftasche mit Inhalt auf dem Schiffenberger Weg nördlich des Bahnüberganges. Verlierer melde sich b. A. Weiker, Neuenstr. 5, III

Weinzipfel
mit den Farben rot-weiß-rot verloren. Gegen Belohnung abzugeben **Bleichstr. 37, p.**

Ein junger Soldat, 22 Jahre, sucht Mitspielerin nur des nachmittags im **Zitherspielen.** Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Gieß. Anzeigers. 03214

Wer gibt Soldaten zum Sonnenbadnehmen sein Hängematte billig ab? Schriftl. Angeb. u. 03330 an d. Gießener Anzeiger erbeten.

Die zwei Mädchen
welche mir vorige Woche eine Gießkanne auf dem Neuen Friedhofe **mitgenommen** haben, sind auf dem Wege zur Stadt erkannt worden, ersuche sofort um Rückgabe der Gießkanne, andernf. erfolgt Anzeige. **Wilhelm Moser,** Gärtnerei Wiesecker Weg.

Stadttheater Gießen

Leitung: 5140c
Hofrat Hermann Steingoetter.
Sonntag den 14. Juli abends 7½ Uhr:
Gastspiel von Mitgliedern des Mainzer Stadttheaters:

Das Extemporale.

Eine lustige Schulgeschichte in 3 Akten
von Sturm u. Färber.

Todes-Anzeige.

Gestern mittag um 3 Uhr verschied nach kurzem Krankenlager unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater und Onkel

Isaak Jacob

im Alter von 84 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Sigmund Jacob.

Biskirchen, Gießen, den 12. Juli 1918. 5227

Die Beerdigung findet Sonntag den 14. Juli 1918, 3 Uhr nachmittags, in Biskirchen statt.

Stadttheater

Freitag den 19. Juli 1918, abends 7½ Uhr

Wohltätigkeitskonzert

zum Besten für die Hinterbliebenen der Gefallenen des Inf.-Regts. „Kaiser Wilhelm" (2. Großh. Hess.) Nr. 116

ausgeführt von der Garnisonkapelle (verstärkt auf 50 Mitglieder Streichorchester) Dirigent: Herr Br. Herrmann, Solist: Herr Ferd. Kaufmann (Violine) z. Z. Schloß Lich

Programm: Werke von Beethoven, Bruch, Grieg, Kreisler Mendelssohn, Sarasate, Wieniawski

Karten zu 4, 3, 2, 1 Mk. nur im Vorverkauf bei Challier, Neuenweg

Busse Major und Batls.-Kommandeur des 1. Ers.-Batls. J.-R. Nr. 116 — **Keller** Oberbürgermeister — **Behm** Generalmajor

5216D

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß meine innigstgeliebte Frau, unsere gute, treusorgende Mutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Elisabethe Mootz

geb. Weller

am 10. Juli nach schwerem Leiden sanft entschlafen ist.

In tiefer Trauer:

Christoph Mootz — **Marie Mootz**
Lina Mootz — **Willi Mootz**
Helene Mootz — **Enkel.**

Gießen (Wetzlarer Weg 80), den 11. Juli 1918.

Die Beerdigung findet Sonntag den 14. Juli. nachm. 3 Uhr, auf dem Neuen Friedhof statt. 5220

Lichtspielhaus · Bahnhofstrasse 34.

Von Samstag bis einschl. Dienstag 4 große Lustspieltage. Außergewöhnlich verstärktes Künstlerorchester

Alle Vergünstigungen aufgehoben. — Abonnements keine Gültigkeit

All Gießens Liebling

Henny Porten

in ihrem auserlesensten Lustspiel der Saison in vier Akten

Auf Probe gestellt

Arnold Rieck

der hier bestbekannte Komiker, in seinem hervorragenden Lustspielschlager in 4 Akten

Der unwiderstehliche Theodor

5213a

Wegen des zu erwartenden großen Andrangs in den Abendvorstellungen bitten wir höfl. das tit. Publikum nach Möglichkeit die ungekürzten Nachmittagsvorstellungen besuchen zu wollen. Telephonische Vorbestellungen können nur für die Nachmittagsvorstellungen auf Logen berücksichtigt werden. **Die Direktion.**

Gestern morgen verstarb plötzlich und unerwartet infolge Unglücksfalles meine innigstgeliebte Tochter

Lina Kinzebach

im Alter von 32 Jahren.

In tiefem Schmerz die tieftrauernde Mutter:

Ernestine Kinzebach.

Gießen, Kirchstraße 2, den 12. Juli 1918. 5223

Die Beerdigung findet Sonntag, 14. Juli, nachmittags ½4 Uhr, auf dem Neuen Friedhof statt.

Ludendorff-Spende.

VII. Gabenverzeichnis.

Bank für Handel und Industrie: L. Schmidt 20 M., Karl Reichardt 5 M., J. D. C. 10 M., Franz Derbeimer 5 M., August Siebert 10 M., Stenogr.-Ges. Gabelsb. und Damenabt. 20 M., Frau Pfarrer Koch 10 M., Pfarrer Preuschen 28.50 M., N. N. 20 M., Ungenannt 3 M., Fr. Friyel 10 M., Wohltätigkeitskonzert im Fürstenhof 242.95 M.

Bezirks-Sparkasse: J. Lehr 10 M., E. v. J. 20 M., G. L. 5 M., M. Bäcker 3 M., Emilie Schmitt 5 M., Fr. Lenz 5 M., Louis Wolff 5 M., D. Stein 5 M.

Geschäftsstelle des Gießener Anzeigers: N. N. 3 M., W. M. 5 M., S. G. Sch. 20 M., Klasse der Stadtmädchenschule 5 M., Frl. Heßler 6 M., G. N. 3 M., Habeney 5 M., Reallehrer Appel 5 M., Gießener Lehrerinnenverein 20 M., Dr. E. A. 3 M.

Mitteldeutsche Creditbank, Filiale Gießen: L. K. 10 M., Prof. Behrens 20 M., Frl. Amalie Hoffmann 20 M., Schaaf 25 M., N. N. 5 M., Frau Dr. Töpfer 20 M., E. F. 2 M., M. H. 1 M., Kl. 2. Gabe 10 M., N. N. 10 M., Karl Maurer (Schwarz-Weiß-Theater 100 M., L. St. 6 M., Carl Becker I. 200 M., E. H. 3 M., B. S. 20 M., J. Hammermann 15 M., C. Horn 20 M., Gewerkschaft Gießener Braunstein-Bergwerke 12 675 M., Hauptmann Moeller 20 M.

Deutscher Bank-Verein, Filiale Gießen: Frl. M. B. 4 M., Frau Hofrat Grünewald 20 M.

Stadtverwaltung: Staatseisenbahn-Verein 1055.83 M., N. N. 10 M., durch die zweite Unterprima der Oberrealschule 90 M.

Baruch Strauß Nachf., Bankgeschäft: Frau Kommerzienrat Heiligenstaedt 1000 M., A. Wendel 100 M., B. M. 10 M., Hch. Boller 20 M., Frau Auguste Schmidt 10 M. 5218B

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister Abt. B. wurde heute eingetragen die Firma Molz & Forbach, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Worms, Zweigniederlassung Gießen. Gegenstand des Unternehmens ist Detailvertrieb von Handschuhen und anderen Waren. Das Stammkapital beträgt 20 000 Mark. Zur Geschäftsführerin ist Fräulein Ida Danziger, Berlin-Schöneberg, bestellt. Der Gesellschaftsvertrag ist am 10. Dezember 1910 festgestellt.

Gießen, den 4. Juli 1918.

Großh. Amtsgericht. 5213 B

Bekanntmachung

In der **außerordentlichen Generalversammlung** des Spar- und Vorschuß-Vereins I E. G. m. u. H. zu Beuern vom 21. Mai 1918, wurde die Annahme der beschränkten Haftpflicht beschlossen. Die Gläubiger, welche der Umwandlung widersprechen, werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft zu melden. 5101

Beuern, den 8. Juli 1918.

Spar- und Vorschuß-Verein I E. G. m. u. H.
Lindenstruth, Direktor. K. Walther, Rechner.

Bekanntmachung.

Anmeldungen zum Bezuge von Kleidungsstücken aus der **Ebel-Stiftung** sind bis **spätestens 31. Juli 1918** bei dem Städt. Armenamt, Alicenweg 9, einzureichen.

Gießen, den 10. Juli 1918. 5217B

Der Oberbürgermeister (Armen-Verwaltung): **Keller.**

Nutzholzverkauf der Stadt Gießen.

Aus den städtischen Forstvorteilen I und II sollen nachverzeichnete Nutzhölzer getrennt nach Losen durch schriftliches Angebot verkauft werden:

Aus Abteilung Kleines Wäldchen 89 zwischen der 12. und 13. Schneise:

Eichenstämme.

Los 1 1 St. 2. Kl. = 1,53 Fstm.,
Los 2 7 St. 3. Kl. = 5,54 Fstm.,
Los 3 22 St. 4. Kl. = 15,31 Fstm.,
Los 4 23 St. 4. Kl. = 14,38 Fstm.,
Los 5 8 St. 5. Kl. = 4,37 Fstm.

Lierchenstämme.

Los 6 1 St. 3. Kl. = 0,96 Fstm.

Aus Abteil. Kuhstall 23 zwischen der 2. und 3. Schneise an der Grünberger Chaussee.

Kiefernstämme.

Los 7 1 St. 3. Kl. = 0,40 Fstm. und 8 St. 4. Kl. = 4,47 Fstm.,
Los 8 74 St. 4. Kl. = 23,31 Fstm.,
Los 9 62 St. 5. Kl. = 21,08 Fstm.

Das Holz, das mit der Rinde gemessen ist, wird verkauft, wie es im Walde liegt, und ist vorher anzusehen. Etwaige spätere Einwendungen wegen der Vermessung und Güte des Holzes werden nicht berücksichtigt. Nähere Auskunft durch Förster Karl Brück zu Rödgen und Forstwart Arft zu Hochwart, die das Holz vorzeigen.

Das Gebot geht auf den Festmeter und ist für jedes Los besonders anzugeben.

Gegen ausreichende Sicherheit wird Zahlungsfrist bis zum 15. November 1918 gewährt.

Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift „Submissionsholzverkauf" bis spätestens 15. Juli 1918, vormittags 11 Uhr, an den Oberbürgermeister der Stadt Gießen einzureichen, woselbst um die angegebene Zeit die Eröffnung der Angebote in Anwesenheit der etwa erschienenen Bieter erfolgt.

Gießen, den 29. Juni 1918. 4910B

Der Oberbürgermeister. J. V.: Krenzien, Beigeordneter.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, meinen innigstgeliebten, herzensguten Mann, den treusorgenden Vater seines Söhnchens, unseren lieben, braven Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Ludwig Allendörfer

gestern abend um 11 Uhr nach kurzem, schwerem Leiden im Alter von 30 Jahren zu sich zu nehmen.

In tiefem Schmerz:

Frau Kath. Allendörfer geb. Feisel und Kind.
Familie Georg Allendörfer und Angehörige.

Klein-Linden, Lützellinden den 12. Juli 1918.

Die Beerdigung findet Samstag nachmittags 3 Uhr von Klein-Linden, Schulstr. 17 aus statt. 03334

Todes-Anzeige.

Verwandten und Bekannten machen wir hiermit die traurige Mitteilung, daß unser innigstgeliebtes Töchterchen

Berta

im Alter von 14 Jahren nach kurzem, schwerem Krankenlager Donnerstag morgen um 5 Uhr sanft entschlafen ist.

Louis Rosenbaum und Familie.

Großen-Linden, den 12. Juli 1918.

Die Beerdigung findet Sonntag den 14. Juli, um 2 Uhr, statt. 03333

Einkoch-

Gläser 03313
Apparate
Gummi
Carl Schunck
Solterswog 38, Bahnhofstr. 54.

allerbilligst

Das Fräulein

das die silberne Handtasche gefunden hat und solche bei Köhler, Liebigstr. 46, abgab, wird frdl. gebeten, nochmals daselbst vorzusprechen. 03319

Kruse'sches Musikinstitut.

Durch Abrufung des vorgesehenen Solisten W. Kruse muß das z. Z. angesagte **Schülerkonzert auf der Liebigshöhe ausfallen** und auf spätere Zeit verlegt werden. 03344

Hessischer Landtag.

Zweite Kammer.

65. Sitzung vom 11. Juli.

Vizepräsident Korell eröffnet um 9½ Uhr die Sitzung. Das Haus füllt sich allmählich. Die Tribünen sind schwach besetzt. Am Regierungstisch sind die drei Minister anwesend.

Zunächst gibt Minister des Innern von Hombergk zu Vach zu dem Antrag des Abg. Köhler,

die Kohlenversorgung für den kommenden Winter

betreffend, und der Anfrage des Abg. Ulrich u. Gen. über Kohlenlieferung und Gasverbrauchsstrafen folgendes bekannt:

Als wir den Winter 1917/18 mit seiner äußerst empfindlichen Kohlenknappheit überstanden hatten, war das nächste Bestreben der Regierung darauf gerichtet, zu erreichen, daß der Reichskohlenkommissar sofort mit Eintritt des Frühjahrs die Kohlenversorgung der Bevölkerung planmäßig derart fördere, daß einer Beunruhigung der Bevölkerung, wie sie im Winter 1917/18 Platz gegriffen hatte, tunlichst vorgebeugt werde. Der Antrag des Abgeordneten Köhler, der das gleiche Ziel verfolgte, wurde seinerzeit dem Reichskohlenkommissar befürwortend übermittelt. Während es nun im allgemeinen an Koks nicht fehlt, auch die Belieferung der Gaswerke sich zurzeit besser gestaltet als im Jahre 1917, ist die Versorgung mit Hausbrandkohle nach den übereinstimmenden Berichten aus fast allen Teilen des Großherzogtums ungenügend. Eine Versorgung mit Bevorratung für den kommenden Winter hat nirgends stattfinden können. Die Regierung ist darum von ernster Sorge erfüllt. Sie hat dem Reichskohlenkommissar Kenntnis von den zahlreich hier eingegangenen Beschwerden gegeben und, soweit sie begründet erschienen, nachdrücklich deren Abstellung befürwortet. Unter dem 5. Juli ist nunmehr durch die hessische Gesandtschaft in Berlin eine Aeußerung des Reichskommissars über den Stand der Kohlenversorgung eingegangen. Er führt aus, daß er sich bei Versorgung des Hausbrandes für das Wirtschaftsjahr 1918/19 von der Absicht habe leiten lassen, im Lauf des Sommers unter Ausnutzung der verkehrsarmen Zeit soweit wie irgend möglich eine Bevorratung durchzuführen. Er habe daher, obwohl der Sommerbedarf an Hausbrandkohlen wesentlich geringer sei als im Winter, für die fünf Sommermonate Mai bis einschließlich September 1918 die gleiche Monatsmenge zur Verfügung gestellt wie in strengsten Wintermonaten. Einzelne Gebiete des Reiches, die erfahrungsgemäß im Winter nur mit allergrößter Schwierigkeit beliefert werden könnten, würden auf Kosten ihrer Winterbelieferung im Sommer im Wege besonderer Bevorratung beliefert. Diese Gebiete erhielten höhere Sommerbelieferungen zugewiesen. In Hessen gehören zu diesen Gebieten die Städte Offenbach und Gießen, so daß wenigstens dort die Möglichkeit gegeben sein müßte, eine teilweise Bevorratung zu erzielen. Um bei dem Eintritt besserer Wagengestellung den Eisenbahn- und Wasserweg zur Versorgung des Hausbrandes möglichst auszunutzen, hat der Reichskohlenkommissar anfangs Juni die Bezugsscheine für den ganzen Rest der Sommerliefermenge an die Versorgungsbezirke herausgegeben. Da er mit allem Nachdruck die Belieferung der angewiesenen Bezugsscheine erstrebt, darf erwartet werden, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Kohlen sich nächstens erheblich bessert. Die Lage der Kohlenversorgung bleibt andauernd außerordentlich schwierig infolge der ausgedehnten Anforderungen für die Bahn, für Heer und Marine und für die unentbehrlichen kriegswichtigsten Industrien. Neuerdings hat der Reichskohlenkommissar, um die Versorgung der Landbezirke zu verbessern, für eine Reihe von Kommunalverbänden, nämlich Groß-Gerau, Bensheim, Friedberg-Land, Oppenheim, Alzey und Mainz-Land die Sommerlieferungen erhöht. Wohlwollende Prüfung des Gesuchs des Kommunalverbands Bingen um Erhöhung der Sommerlieferung ist zugesagt. Der Reichskohlenkommissar glaubt, durch sein Vorgehen der Anregung des Herrn Abgeordneten Köhler nach Möglichkeit Rechnung getragen zu haben. Insoweit eine reichlichere Zuteilung von Hausbrandmengen vom Abgeordneten Köhler verlangt werde, sei er in dieser Richtung bis an die Grenze der Möglichkeit gegangen. Wenn er über die bisherigen Erhöhungen der Sommerlieferungen hinaus weitere Zuweisungen nicht in Aussicht stellen könne, so liege der Grund hierfür ausschließlich darin, daß die Zechen schon mit den bisherigen Lieferungen bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit belastet seien und eine Steigerung leider nicht erzielt werden könne. Bei wirtschaftlicher Verwendung der zugeteilten Mengen, bei äußerster Sparsamkeit aller Verbraucher, so führt der Reichskohlenkommissar aus, müsse es sicherlich durchaus möglich sein, eine Bevorratung im Laufe des Sommers zu erreichen. Sie werde nicht unerheblich sein und billigen und den Verhältnissen Rechnung tragenden Anforderungen entsprechen.

Was nun die Erregung betrifft, von der die städtische Bevölkerung infolge der Einziehung eines Aufgeldes für den Mehrverbrauch an Gas ergriffen worden ist, so beruht diese Erhebung auf einer Anordnung des Reichskohlenkommissars. Die Regierung hat die Oberbürgermeister über die Ausführung dieser Maßregel angehört. Hierbei hat sich herausgestellt, daß die Stadt Mainz durch Sperrung der Gasleitung die vom Reichskohlenkommissar geforderte Einschränkung der Gasabgabe bis März laufenden Jahres erreicht hat und daß die Erhebung von Aufgeld deshalb dort noch nicht praktisch geworden ist. In Offenbach wäre ein Aufgeld in Höhe von 250 000 Mark für den dort stattgehabten Mehrverbrauch von 500 000 Kubikmeter für die Monate April, Mai und Juni dieses Jahres zu erheben. Ohne die Ursachen des Mehrverbrauchs im einzelnen Falle zu prüfen, hat die Stadt es abgelehnt, die Beträge durch ihre Beamten einzufordern. Es wird deshalb zunächst abzuwarten sein, mit welchen Vorschlägen der Reichskohlenkommissar an die Stadtverwaltung herantritt. In Darmstadt wird so vorgegangen, daß bei Anforderung des Aufgeldes eine vierzehntägige Frist gewährt wird, um der Erhebung des Aufgeldes widersprechen zu können. Wo die Einwendungen nach Auffassung der zuständigen Kommission begründet sind, wird von der Erhebung des Aufgeldes abgesehen. Bei solchem schonenden Vorgehen darf erwartet werden, daß sich die in Darmstadt eingetretene Erregung wieder lege. In der Stadt Worms wird das Aufgeld mit dem Gasgeld in Rechnung gestellt und eingezogen, ohne daß eine besondere Erregung in der Bevölkerung hervorgetreten ist. Dies hat dadurch erreicht werden können, daß die Ortsvorschriften weitgehende Milderungen vorsehen. So hat man von vornherein eine Einschränkung der Automatengasbezieher von der allgemeinen Einschränkung ausgenommen, aber auch kleine Gasabnehmer nicht mehr mit Aufgeld belegt. Eine Belastung der Arbeiterbevölkerung und der Kleingasabnehmer kommt nach dem Bericht des Oberbürgermeisters der Stadt Worms aus diesem Grunde nicht in Frage. Aufgeld in erheblicher Höhe wurde hauptsächlich von den Kaffeehausbesitzern und von den Photographen angefordert und bezahlt. Auch fand in Privatwohnungen ein erhöhter Verbrauch statt. Handwerker und entsprechende Geschäfte kommen wenig in Frage, Fabrikbetriebe nur vereinzelt, aber mit beträchtlichen Mengen. Der Oberbürgermeister der Stadt Worms sieht in der Durchführung der Anordnung die einzige Möglichkeit, einer Ueberlastung des Gaswerks vorzubeugen. Er erblickt darin weiter das einzige Mittel, Gasabnehmern, die ungeachtet des hohen Aufgeldes ihren Gasverbrauch nicht einschränken, mit Nachdruck entgegenzutreten. — In der Stadt Gießen werden bis heute Strafgelder noch nicht erhoben, weil die Lieferung von Küchenkohlen an die Haushaltungen in den letzten Monaten vollkommen unzureichend und die Bevölkerung infolge dieser Kohlenknappheit für ihre Mahlzeiten auf Benutzung des Gasherds angewiesen war. Das Aufgeld soll demnächst nur von solchen Gasverbrauchern erhoben werden, die wesentlich mehr Gas verbraucht haben, als ihnen zugebilligt gewesen ist. Die Arbeiterbevölkerung soll jedoch möglichst verschont bleiben.

Eine allgemeine Anweisung zu geben, in welchen Fällen Aufgeld zu erheben, in welchen es niederzuschlagen sei, ist angesichts der verschiedenen Lagerung der Verhältnisse unmöglich. Die Erhebungen über den Gaskonsum zeigen, daß manche Haushaltungen rücksichtslos und ohne die im allgemeinen Interesse gebotene und oft empfohlene Sparsamkeit zu üben, Gas verbrauchen, ja sogar sich auch manchmal keine Beschränkungen im Verbrauch auferlegen wollen. In solchen Fällen wird wohl niemand für eine milde Handhabung der Vorschriften eintreten. Solche Verbraucher trifft das Aufgeld mit vollem Recht. Nach Auffassung der Regierung wäre dagegen eine milde Beurteilung dort angezeigt, wo der Mehrverbrauch an Gas auf Mangel an Küchenbrand zurückzuführen ist oder wo bei ernstem Willen und bei größter Sparsamkeit eine weitere Gasersparnis unerreichbar ist.

Die Regierung hat die Zuversicht, daß die städtischen Organe bei Einziehung des Aufgeldes mit Schonung verfahren und dem öffentlichen Empfinden Rechnung tragen werden.

Abg. Köhler (natl.) begründet seinen Antrag: Schon im Sommer 1917 sei die Kohlenversorgung eine nicht gute gewesen. Im Januar 1918 seien Industrien infolge Kohlenmangels zum Stillstand gekommen. Seitens der Großh. Handelskammer Worms sei auf die Transportschwierigkeiten (mangelhafte Schiffsbemannung) hingewiesen worden. Der Antrag auf richtige Belieferung im Frühjahr, im Januar 1918, sei dem Reichskommissar durch die Regierung weitergegeben und befürwortet worden. Ein Erfolg sei nicht zu ersehen. Die Belieferung mit Kohlen sei eine durchaus ungenügende, von einer Bevorratung für kommenden Winter könne keine Rede sein, alle Lieferungen gingen sofort in den Verbrauch. Bei einer Zusammenkunft der süddeutschen Städte in Augsburg im Mai habe der Herr Reichskommissar eine genügende Zufuhr in Aussicht gestellt, aber trotzdem sei nichts gebessert worden. Deshalb der neue Antrag.

Es müsse in den Sommermonaten die Zufuhr stattfinden. Im Winter seien Störungen durch niederen Wasserstand, Eisgang und dergleichen vorauszusehen.

Es erscheine ausgeschlossen, daß die im Sommer unterlassene Zufuhr im Winter nachgeholt werden könne. Eine derartig mangelhafte Zuteilung, wie seither, bedeute die Unmöglichkeit, ein Zimmer zu heizen, ein Küchenfeuer zu unterhalten, es bedeute die Unmöglichkeit der Lebenshaltung. Zentralheizungen könnten nur mit Mengen beliefert werden, die den Heizbetrieb überhaupt möglich machten. Die Angelegenheit sei außerordentlich ernst. Eine eingehende Beschäftigung der Volksvertretung mit dieser Frage sei notwendig, sie werde der Großh. Regierung weiteres Material geben, um das seither schon betätigte dankenswerte Vorgehen zu erneuern. Nütze auch dieses erneute Vorgehen nichts, so müsse man sich damit bescheiden, auf diese schwerwiegende Frage seitens der Volksvertretung mit allem Nachdruck hingewiesen zu haben.

Abg. Schott (natl.) bespricht die Kohlenbelieferung auf dem Lande.

Abg. Neumann (Soz.) setzt die Verhältnisse in Offenbach auseinander. Die Gaseinschränkung ist undurchführbar, da auch der Heizwert des Gases um 20—30 Prozent gesunken ist. Alle Vorstellungen beim Reichskommissar waren bis jetzt ergebnislos. Die Not ist außerordentlich groß. Man darf sich über die möglichen Folgen keiner Täuschung hingeben. Noch ist es Zeit, sofort durchgreifende Maßnahmen zu ergreifen. Diese fordern wir von der Regierung.

Abg. Urstadt (fortschr.): Der Mehrverbrauch von Gas ist nicht auf Verschwendung, sondern auf Kohlenmangel zurückzuführen. Würden die Zechen nur 6 Prozent weniger verkoken, könnten die Gaswerke besser beliefert werden. Die Kliniken in Gießen sollten für sich beliefert werden, jetzt schmälern sie das Kohlenquantum der Bürgerschaft.

Abg. Eißnert-Offenbach glaubt nicht an die Versprechungen des Reichskommissars nach den bisherigen Erfahrungen. Er unterstreicht die Ausführungen seiner Vorredner. Hüttenkoks und Kohlenabraum zu liefern, ist wertlos für den Hausbrand. Hier sündigt das Kohlensyndikat schwer. Auch die Händler sündigen schwer in Bezug auf Preiswucher und Qualitätsverschlechterung. Der Redner fordert die öffentlich-rechtliche Bewirtschaftung. Solange der Handel schalten kann, wie er will, werden wir keine Besserung erzielen können.

Abg. Dr. Dehlinger (Bbd.) beschwert sich über die zu geringe Kohlenzuweisung an die Landwirtschaft. Die Druschkohlen müssen ausreichend beschafft werden.

Minister v. Hombergk: Ich verspreche mir von der heutigen Aussprache eine um so größere Wirkung, als alle Wünsche in sachlicher Form vorgebracht werden, trotz der Erregung über diese „brennende" Frage; das macht es uns leicht, diese Wünsche an den Reichsstellen zu vertreten. Hessen produziert ja leider nur etwas Braunkohlen. Wir haben uns entschlossen, der Kohlenausgleichstelle in Mannheim einen eigenen Kommissionär beizugeben. Bezüglich der Eintreibung des Aufgeldes verweist der Minister auf seine vorige Erklärung. Ueber die Verwendung der Strafgelder ist der Regierung noch keine offizielle Nachricht zugegangen. Unter der Hand habe er gehört, daß sie den Städten zugewiesen werden sollen. Er freut sich, daß die Städte, wie die Debatte gezeigt habe, diese Zuweisung ablehnen. Die Weigerung Offenbachs, die Einziehung der Strafgelder zu übernehmen, habe die Regierung dem Reichskommissar einfach mitgeteilt. Sie werde sich nicht dareinmischen.

Abg. Werner (Bbd.) wünscht die Ausgabe von Brikettbezugscheinen.

Abg. Eißnert (Soz.) ist von der Antwort des Ministers befriedigt. Er teilt mit, daß die in Hessen befindliche Braunkohlengrube „Amalie", die einer auswärtigen Firma gehört, Wucherpreise verlangt und deshalb beim Kriegswucheramt verklagt worden sei.

Eine Vorstellung der hessischen Rechtsanwalts- und Notariatsbureaubeamten wird ohne Aussprache abgelehnt.

Die Vorstellung der mittleren Justizbeamten über die Gehaltsverhältnisse der Aktuariatsassistenten wird von dem Abg. Zuckmeyer (Ztr.) befürwortet und nach einer Erklärung des Staatsrates Lorbacher auf Antrag des Abg. Dr. Osann an den Ausschuß zurückverwiesen.

Der Antrag Köhler, die Immunität der Abgeordneten betr., wird ohne Aussprache angenommen.

Der Antrag Henrich und Raab, betr. Weinabgabe von den Domänenbeständen für Kranke, wird für erledigt erklärt.

Bei dem Antrage der Abgg. Leun und Dr. Fulda, Speckabgabe betr., bittet Abg. Leun (Bbd.), die Lohnarbeiter, auch soweit es sich um Schwerarbeiter handelt, und insofern sie nicht mehr als ein Schwein hausgeschlachtet haben, von der Speckabgabe aus der Hausschlachtung zu befreien. Der Antrag wird, nachdem der Abg. Wolf (wild) noch über die Strafen für Nichtabgabe von Speck gesprochen hat, angenommen.

Die Versorgung mit Schuhen.

Abg. Eißnert (Soz.) spricht sodann über seinen Antrag zur Versorgung der Bevölkerung mit Schuhen und verlangt die Aufhebung der Freizügigkeit der Bezugsscheine, damit nicht Ortsfremde ohne weiteres überall Schuhe kaufen können. Weiter verlangt der Redner die Einrichtung von Schuhverteilungsstellen, sowie die Ueberweisung von Ober- und Unterleder oder zweckdienlicher Ersatzstoffe durch die Schuhverteilungsstellen. Schließlich sei es nötig, bei der Abgabe von neuen Schuhen die Ablieferung der alten zu verlangen.

Abg. Dorsch (Bbd.) meint, daß auf dem Lande noch schlechter ohne Schuhe oder mit schlechten auszukommen sei als in der Stadt. — Abg. Wolf (wild) führt aus, daß man auf dem Lande mit Holzschuhen nichts anfangen könne. In vielen Orten des Kreises Oppenheim werde wöchentlich nur ein Paar Schuhe auf die Gesamtbevölkerung verteilt. — Der Antrag wird angenommen.

Sodann wird der Antrag des Abg. Fenchel (Bbd.), Festsetzung und Auszahlung der Preise für Brotgetreide, Gerste und Hafer ohne Aussprache angenommen.

Die Anfrage des Abg. Lang (Natl.), die Vernichtung der Saatkrähen betr., wird für erledigt erklärt, desgl. eine Vorstellung des Landesverbandes der Hausbesitzervereine wegen Abänderung des Gesetzes über die Brandversicherungsanstalt für Gebäude, die eine unterschiedliche Heranziehung der Gebäude zu den Brandversicherungsumlagen nach Bauartklassen bezweckt, nachdem die Regierung darauf hingewiesen hat, daß Personalmangel leider die Vornahme der Vorarbeiten zur Aenderung des Gesetzes verhindert hat.

Auf die dringliche Anfrage des Abg. Dorsch, betr. die Aufforstungen in Feldgemarkungen durch Standesherrliche Renteien, gibt der Minister des Innern von Hombergk zu Vach folgende Erklärung ab: Soweit die Aufforstungen in der Gemarkung Wennings in den Jahren 1916 und 1917 vorgenommen worden waren und die Angrenzer schädigte, wurde sie von der Standesherrschaft wieder beseitigt und das Gelände zu annehmbarem Preise verpachtet, das noch aufgeforstete Gelände ist zur landwirtschaftlichen Benutzung wenig geeignet. Aehnlich liegen die Verhältnisse in der Gemarkung Burg-Bracht, wie der Minister ausführt. Der Minister verliest sodann eine Rückäußerung der Isenburgischen Rentkammer auf die Anfrage Dorsch und schließt mit den Worten, er sei mit der Rentkammer der Ansicht, daß derartige Mißstände, wie sie Abg. Dorsch behauptet hat, auf die Dauer sich nur hintanhalten lassen, wenn sich die Gemeinden im Vogelsberg zur Feldbereinigung entschließen.

Abg. Dorsch (Bbd.) bedauert, daß seine Gewährsmänner ihn zum Teil im Stich gelassen hätten, führt das aber darauf zurück, daß die Ortseinwohner sich mit den standesherrlichen Rentkammern nicht überwerfen wollten.

Zu einer dringlichen Anfrage des Abgeordneten Dorsch, den Verkauf der Güter Oppelshausen und Engelthal betreffend, antwortet der Minister des Innern von Hombergk zu Vach: Sowohl das Kreisamt als auch wir haben von dem Verkauf erst Kenntnis erhalten, als der Kaufabschluß bereits grundbuchmäßig vollzogen war. Die Gemeinden Oberau und Höchst a. d. Nidder haben mit der Standesherrschaft Solms-Laubach niemals Verhandlungen wegen Ankaufs dieser Güter geführt, wohl dagegen die Großh. Bürgermeisterei Altenstadt vor mehreren Jahren. Deren Anfrage, ob Verkaufsabsicht bestünde, wurde damals verneint. Weder dem Freiherrn von Heyl zu Herrnsheim noch seiner Verwaltung war bekannt, daß etwa die angrenzenden Ortschaften Liebhaber für das Gut seien. Wenn das gewesen wäre, so würden sie doch, da das Gut seit dem Jahre 1907 feil war, Erwerbsmöglichkeit gehabt haben. Ob der Ankauf der beiden Güter unter den geschilderten Verhältnissen für die in Betracht kommenden Gemeinden vorteilhaft gewesen wäre und ihnen geeignetenfalls hätte empfohlen werden können, kann dahingestellt bleiben, nachdem der Kauf vollzogen ist.

Abg. Dorsch (Bbd.) beantragt Besprechung und bittet die Regierung dringend, dafür zu sorgen, daß der Grund und Boden nicht in wenige Hände übergehe. Man müsse aber auch gegen die Ruinierung der kleinen Kaufleute durch die Warenhäuser Einspruch erheben.

Abg. Adelung (Soz.) stellt eine energische Unterstützung des Abg. Dorsch in dieser Frage in Aussicht. Abg. Urstadt (fortschr.) stellt fest, daß die Fortschrittler im Landtag für die Warenhaus- und Filialsteuer gestimmt hätten. Abg. Stephan (natl.) behauptet, daß es sich bei dem Verkauf der erwähnten Güter nicht um Bauernlegerei gehandelt habe. Der Name des Käufers biete dafür genügend Gewähr. Abg. Adelung (Soz.) stellt fest, daß von dieser Seite mehrfach kleine Güter aufgekauft wurden. Abg. Werner (Bbd.) meint, daß seines Wissens diese Seite sich in nicht gerade erfreulicher Weise bei dem Ankauf von Gütern in Rheinhessen, z. B. Monsheim, betätigt habe. Minister des Innern von Hombergk zu Vach macht darauf aufmerksam, daß die Kreisämter darauf hingewiesen seien, den Ankauf von Grundbesitz durch die Gemeinden zu fördern. Von den genannten Verkäufen habe das Kreisamt aber keine Kenntnis gehabt. — Schluß der Sitzung 1 Uhr. Nächste Sitzung Freitag, 9 Uhr.

Heute nachmittag findet eine Sitzung des Kriegsausschusses statt.

Letzte Nachrichten.

Der neueste Bericht der Heeresleitung.

(WTB.) **Großes Hauptquartier**, 12. Juli. (Amtlich.)

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Artillerietätigkeit lebte am Abend auf und steigerte sich während der Nacht zu kräftigen Feuerüberfällen auf Kampfstellungen und Hintergelände. Südwestlich von Ypern und Bailleul, sowie nördlich von Albert wurden stärkere Vorstöße, mehrfach Erkundungsabteilungen des Feindes, abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Aisne und Marne blieb die Tätigkeit der Franzosen rege. In Vorfeldkämpfen im Walde von Villers-Cotterets machten wir Gefangene. Oestlich von Reims schlugen wir Erkundungsvorstöße des Feindes zurück.

*

Leutnant Neckel errang seinen 20. Luftsieg.

*

Von dem gestern im Anflug auf Coblenz gemeldeten amerikanischen Geschwader fiel auch das 6. Flugzeug durch Abschuß in unsere Hand.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

* * *

Berlin, 12. Juli. (WTB. Nichtamtlich.) Der Hauptausschuß des Reichstages hat den Nachtragsetat betreffend Kriegskredit von 15 Milliarden Mark angenommen gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten und bei Stimmenenthaltung der Polen.

* * *

Die Beseitigung der Krisis.

Berlin, 12. Juli. Schneller als allgemein erwartet wurde, schreibt die „Germania", haben sich die politischen Wogen wieder geglättet. Nach der Erklärung des Reichskanzlers läßt sich die Lage so charakterisieren, daß bis zur sozialdemokratischen Mehrheit hinüber der Wunsch besteht, der Regierung Hertlings weiter Vertrauen entgegenzubringen und abzuwarten, wie sich der neue Staatssekretär durch die Tat bewähren wird. Da es in der Politik um die Sache und nicht um eine einzelne Person geht, haben die Mehrheitsparteien nach der Rede des Kanzlers tatsächlich keinen Grund mehr, der Regierung ihr Vertrauen zu entziehen. Wenn der Reichskanzler auch nicht alles, wie es beispielsweise diesem oder jenem in der Wahlrechtsfrage erwünscht wäre, übers Knie bricht, so weiß er doch genau, was er will, und welche Wege ihn zum Ziele führen.

Selbst das „Berliner Tageblatt" rühmt an dem Grafen Hertling, daß er als Augenblickspolitiker außerordentlich geschickt sei.

Der „Vorwärts" sagt: Graf Hertling hat den Versuch gemacht, das, was durch die Ereignisse der letzten Tage aus den Fugen geraten ist, wieder einzurenken. Er hat dem Zentrum erwünschte Gelegenheit gegeben, das Band, das es mit der Regierung verbindet, aufs neue zu festigen. Auch die Rede des Fortschrittlers klang nicht so, als ob der Vertrauensmann der Volkspartei, Herr von Payer, daran dächte, aus der Regierung zu scheiden. Scharfe Töne schlug nur der Redner der Sozialdemokratie an, der die Erklärung des Kanzlers nicht befriedigend fand. Der „Vorwärts" kommt dann auf die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zu den neuen Kriegskrediten zu sprechen und sagt: Die Fraktion hatte vor den letzten Ereignissen mit allen gegen acht Stimmen die Bewilligung der Kriegskredite beschlossen, wird sich aber wohl mit der Angelegenheit nochmals befassen.

Wie die „Vossische Zeitung" hört, fand gestern bei Herrn von Payer eine Besprechung statt, bei der eine Reihe von Reichstagsmitgliedern Gelegenheit hatte, sich mit dem Gesandten von Hintze auszusprechen.